

FAIRCONOMY

für eine Welt mit Zukunft

Statt Kapitalismus mehr Zeit für Bildung und Kultur

- Kapitalismus - was ist das eigentlich?
- Allgemeine Kapitalismuskritik: am Wesentlichen vorbei!
- Der Keynes-Plan, ein Beispiel für globales ethisches Handeln
- Das „Ressourcen-gestützte“ Grundeinkommen

Liebe Leserinnen und Leser,

„Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“ - so sollte es eigentlich sein. Doch wer hat heutzutage noch das Gefühl, die eigene Stimme könnte etwas bewirken? „Der Grundgedanke der Demokratie, dass der Willensbildungsprozess sich allmählich von



unten nach oben durchsetzt, wird pervertiert und in sein Gegenteil verkehrt“, schreibt Thomas Betz dazu auf S. 10: „Politik heißt heute, nach unten zu vermitteln, was oben als unvermeidlich durchgewunken wird.“

Diese „unvermeidlichen“ Sachzwänge werden uns weitgehend von der Wirtschaft auferlegt, die unser Leben viel zu sehr beherrscht. Wenn wir etwas ändern wollen, sollten wir uns Klarheit darüber verschaffen, warum das ökonomische System so mächtig ist. Was macht den Kapitalismus eigentlich aus? Lesen Sie hierzu die Beiträge von Josef Hüwe und Helmut Creutz ab S. 5.

Wenn wir eine FAIRCONOMY, eine faire Ökonomie schaffen wollen, wenn wir die Lebensbedingungen aller Menschen verbessern und die Mitwelt schützen wollen, kommen wir an der Systemfrage nicht vorbei. Dann merken wir, was am Kapitalismus faul ist: Den Grundsätzen der Marktwirtschaft, mit denen er sich identifiziert, widerspricht er nämlich im Grunde genommen. Er schafft keine funktionierenden Märkte, bringt Nachfrage und An-

gebot nicht in optimaler Weise zueinander. Unsere Bedürfnisse bleiben letzten Endes unbefriedigt.

Wenn wir mehr Zeit wollen für Bildung und Kultur, für Kinder und Alte und alle anderen, die unsere Zuwendung benötigen, wenn wir uns und unsere Umwelt gesund erhalten wollen, dann brauchen wir Ideen, wie wir den Druck vom Wirtschaftskessel nehmen können. Die INWO-Vorschläge zur Geld- und Bodenreform gehen in diese Richtung. Auch das auf der Bodenreform aufbauende „Ressourcen-gestützte Grundeinkommen“, das Alwine Schreiber-Martens ab S. 19 vorstellt, eröffnet neue Perspektiven. Und Thomas Betz wirbt für einen alten Plan, der uns auch heute noch helfen könnte, weltweit mehr Raum für ethisches Handeln zu gewinnen.

Bitte unterstützen Sie uns dabei, diese Ideen unters Volk zu bringen. Sie bieten viel Diskussionsstoff. Diskutieren Sie mit, machen Sie eigene Vorschläge. Wenn wir unsere Stimmen erheben und mehr Öffentlichkeit für diese Themen schaffen, können wir bestimmt einiges bewegen.

Für das Redaktionsteam,

Beate Bockting

Inhalt

- 3 FAIRCONOMY – mutige Ökonomen braucht das Land!
- 5 Die allgemeine Kapitalismuskritik: am Wesentlichen vorbei
- 6 Termine
- 7 Kapitalismus – was ist das eigentlich?
- 9 Pressespiegel & Termine
- 10 Mehr Zeit für Ethik! Der Keynes-Plan, ein Beispiel für globales ethisches Handeln
- 13 Exportüberschuss – wofür?
- 14 INWO Schweiz
- 16 INWO Deutschland
- 18 Kommentar: Parteiprogramme im Wandel?
- 19 Das „Ressourcen-gestützte“ Grundeinkommen
- 22 Buch-Besprechungen
- 23 Bestellseite

Impressum

FAIRCONOMY 1. Jahrgang, Nummer 2/2005
ISSN 1860-9694

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte etc. wird keine Haftung übernommen.

Redaktion

Wera Wendnagel (Vi.S.d.P.), Beate Bockting,
Jens Hakenes, E-Mail: Redaktion@INWO.de

Abo-E-Mail

Versand@INWO.de

Auflage

3.000 Exemplare, 1.500 als r-evolution, INWO-CH

Bildnachweis

Titelseite: visipix.com, Zeichnungen: eugenartig.com, INWO-Materialien: SMARTI-d - Andreas Franke, Autoren- und Produktfotos: privat und Verlage, Seite 3: Idee René Schulz, Seite 5: Jens Hakenes, Seite 8 und 10: Helmut Creutz, Seite 9: PhotoCase.de/juliaw, Seite 11: Stift Altenburg, Österreich, Seite 12: Wikipedia, Seite 13: Wikipedia/ Wolfgang Meinhart, Hamburg, Seite 14: Walter Meier-Solfrian, Seite 15: Jean-Marc Seiler, Zürich, Seite 16, 17 und 23: Erich Lange, Seite 19: Jonathan McIntosh/wikipedia, Seite 20: PhotoCase.de/1100, Seite 21: PhotoCase.de/fult5000

Layout

Umbach Grafik & Mediendesign, Münster

Druck u. Versand

Druckhaus Klingenberg GmbH, Münster

Herausgeberin

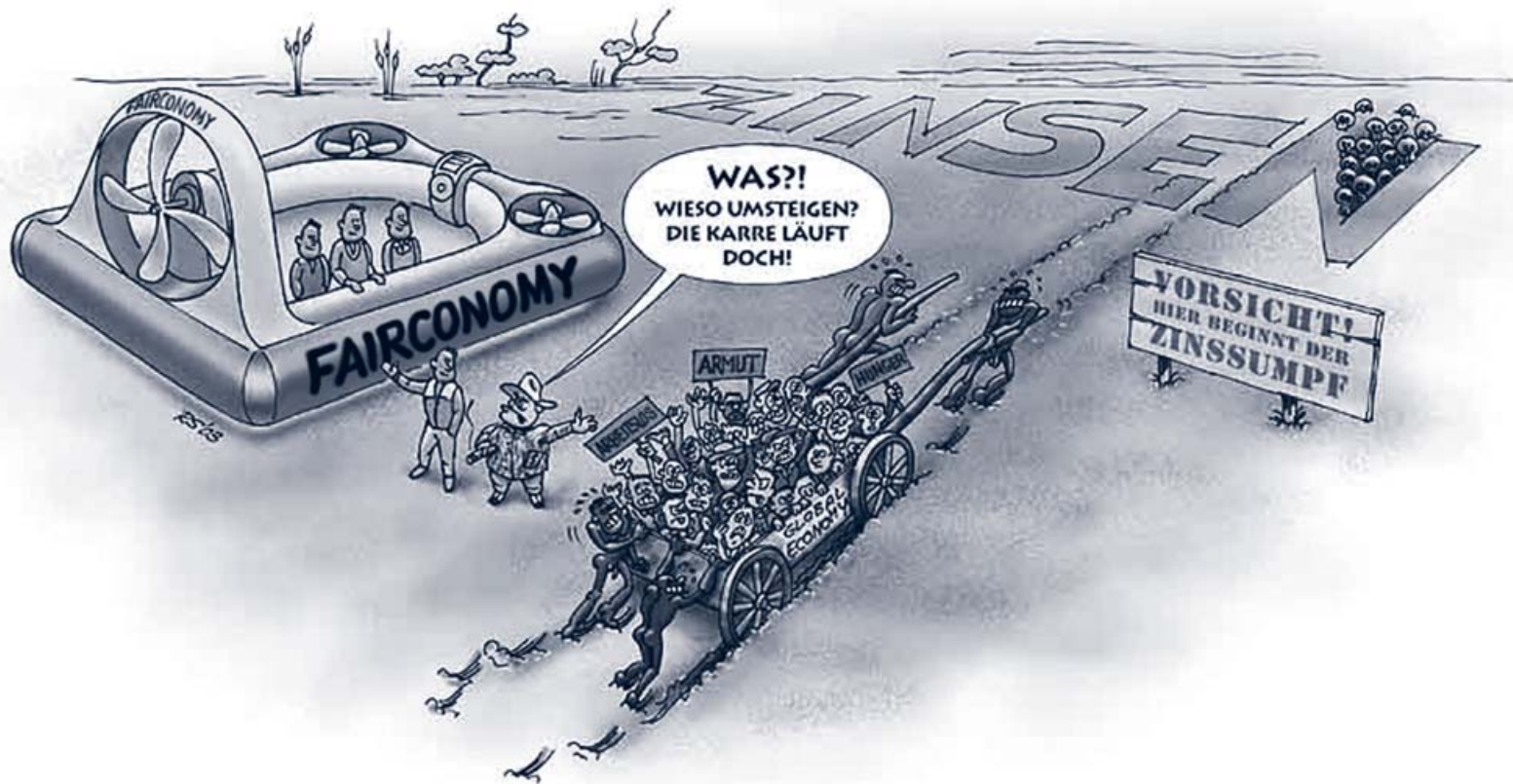
INWO D e.V., Geschäftsstelle, Klaus Popp, Blasiusstraße 63,
40221 Düsseldorf, Telefon: (02 11) 30 41 05, E-Mail:
INWO@INWO.de, www.INWO.de
Konto 604 786 607, Postbank Frankfurt/Main (500 100 60)

Die FAIRCONOMY ist die neue Zeitschrift der INWO (Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung). Mit dieser Zeitschrift machen wir auf unsere Idee der FAIRCONOMY aufmerksam. FAIRCONOMY steht für eine Welt mit Zukunft. Sie schafft die Grundlage für eine nachhaltige, stabile und gerechte Marktwirtschaft ohne kapitalistische Auswüchse. Voraussetzung für die

FAIRCONOMY ist eine Geld- und Bodenreform. Sie sorgt dafür, dass die Wirtschaft an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet werden kann. Mit der FAIRCONOMY gehört die Umverteilung von unten nach oben der Vergangenheit an. Sie ermöglicht Wohlstand für alle, Chancengleichheit und Frieden.

FAIRCONOMY – mutige Ökonomen braucht das Land!

„Nationalökonomie ist, wenn die Leute sich wundern, dass sie kein Geld haben“, hat Kurt Tucholsky gesagt und ergänzt: „Das hat mehrere Gründe, die feinsten sind die wissenschaftlichen.“ Unsere Ökonomen erklären nicht ausreichend, warum es den meisten Leuten an Geld fehlt. Schlimmer noch: Sie untermauern ein Wirtschaftssystem, das Menschenopfer fordert. Dabei gibt es eine Alternative.



Was ist das für eine Wissenschaft, deren Exponenten uns sagen, dass alles besser wird, wenn wir uns nur immer weiter einschränken? Was ist das für eine Wissenschaft, die gegen die Flucht des Kapitals in Steueroasen, die Auswanderung von Arbeitsplätzen gen Osten und die Austrocknung der Staatsfinanzen noch mehr Steuersenkungen und Sozialabbau empfiehlt? Was ist das für eine Wissenschaft, der zu den 26.000 Hungertoten an jedem einzelnen Tag, 365 Tage im Jahr – Opfern des von ihr propagierten Systems – nur „TINA“ einfällt: There Is No Alternative!

FAIRCONOMY ist eine Alternative. Die etablierte Presse, die Politiker aller Couleur und die ökonomische Wissenschaft nehmen sie bisher kaum zur Kenntnis. Warum? Ist es ein Komplott, eine Verschwörung, eine Totenmesse des Schweigens für die Soziale Marktwirtschaft?

Die ökonomische Wissenschaft lässt zu, dass wir – wie Helmut Creutz es ausgedrückt hat – vom Geld beherrscht werden, weil wir seine Wirkungsweise nicht verstehen. Warum tut sie das? Vielleicht weil die Sache mit dem Geld für Laien zu kompliziert ist? Nein, ganz

sicher nicht. Wenn ein Fachmann seine Botschaft nicht klar und verständlich vermitteln kann, hat er sie noch nicht durchdrungen und muss weiter arbeiten, bis er es kann. Stephen Hawking – vielleicht der bedeutendste lebende Physiker – hat den aktuellen Erkenntnisstand der theoretischen Physik in seinem Büchlein „Eine kurze Geschichte der Zeit“ dargelegt, das jeder versteht.

Die Physik hat die Ökonomen schon immer fasziniert und das hängt damit zusammen, dass sie davon träumen, eine Volkswirtschaft so steuern zu können wie eine Maschine. Lé-



on Walras, der den Begriff „Wirtschaftspolitik“ geprägt hat, schwebte eine „reine“ Sozialwissenschaft vor, wo der Ökonom ein Uhrmacher ist, der dem Politiker sagt, wie er die Uhr einstellen muss, damit sie immer richtig geht.

Die Funktion eines Uhrwerks lässt sich auch mathematisch darstellen und so hat sich die Ökonomie zu einer Disziplin entwickelt, in der zunehmend Grenzgänger aus der Mathematik die Nobelpreise abgeräumt haben, die den Fluss von Waren- und Geldströmen mit Gleichungen abbilden, die letztlich Tautologien sind. Statt mit Hilfe der Mathematik nachzuweisen, dass die Dinge sind wie sie sind, wäre eine tiefe philosophische Erkenntnis vielleicht hilfreicher: Die Dinge sind.

Die Physiker experimentieren, um zu erkennen, wie die Dinge sind. Die Ökonomen tun das auch. Aber weil es nicht so einfach ist, Millionen von Hungertoten einzuplanen oder Millionen von Arbeitslosen, experimentieren sie lieber mit Gleichungen am Computer, um zu schauen, was geschieht wenn ... und amüsieren sich wie Kinder im Sandkasten, die meinen, eine richtige Burg gebaut zu haben. Ja, die aus Sand sind tatsächlich richtige Burgen – die großen aus schweren Steinen sind doch nur ihre Abbilder.

Robert C. Merton und Myron Scholes, Wirtschaftsnobelpreisträger 1997, haben eine Strategie entwickelt, mit der man an der Börse nur gewinnen kann und einen Investmentfonds aufgelegt (LTCM – Long Term Capital Management), bei dessen Zeichnung jeder von diesem Know-how profitieren konnte. Drei Milliarden Dollar haben sie eingesammelt und damit einen Verlust von mehr als hundert Milliarden Dollar produziert – bevor der Fonds Konkurs anmelden musste. Maurice Alais, der Wirtschaftsnobelpreisträger von

1998, hat ihnen Trost gespendet: „Es ist nicht die Theorie, die falsch ist, sondern die Wirklichkeit“.

Das stimmt. Was der prominente Professor aber verschweigt ist, dass diese – wie er meint richtige – Theorie erst die Wirklichkeit erschaffen hat, mit zunehmender Verarmung auf der einen und exponentieller Vermehrung der großen Vermögen auf der anderen Seite. Der Internationale Währungsfonds IWF, zuvor von dem jetzigen deutschen Bundespräsidenten Horst Köhler geleitet, hat auf der Grundlage neoliberaler Ideologien die Vorgaben der Vorkämpferin Margret Thatcher konsequent umgesetzt: „If a man will not work, he shall not eat“. Das war und ist ein Todesurteil für die ca. eine Milliarde Arbeitslosen, die wir jetzt weltweit haben.

Warum finden die Lösungsansätze, die unsere FAIRCONOMY bietet, kaum Beachtung? Der große Wissenschaftstheoretiker Thomas Kuhn beantwortet uns diese Frage: Jede Wissenschaft – jede – ist auf Paradigmen gegründet, auf Grundüberzeugungen, die als wahr vorausgesetzt werden müssen. Wer diese Paradigmen nicht akzeptiert, gehört nicht zur Zunft und wird ausgeschlossen: Wer die Hauptsätze der Thermodynamik nicht anerkennt, ist kein Physiker, wer Charles Darwin nicht glaubt, ist kein Evolutionsbiologe (vielleicht ist, wer ihm glaubt, kein Mathematiker – so statistisch unwahrscheinlich ist es, dass seine Theorie richtig ist) und wer die heute herrschende neoliberale Wirtschaftstheorie nicht vertritt, ist kein Ökonom.

Die Zunft bietet Pfründe, Forschungsgelder, Gutachten, Beratungsaufträge, Berufungen, Preise, um die ebenso gekämpft wird, wie es die Unternehmen um Marktanteile tun. In diesen Kämpfen werden keine Gefangenen gemacht. Wer unterliegt, muss sterben. Wirt-

schaftswissenschaft hat heute wenig mit Wahrheitsfindung zu tun und viel mit Geschäft. Und wer wollte ausgerechnet von den Ökonomen anderes erwarten, wo doch sogar die Mediziner mit „gutem“ Beispiel vorgegangen sind?

Unserer FAIRCONOMY geht es wie den Gebrüdern Wright vor hundert Jahren: Ihre ersten erfolgreichen Flugversuche in New Jersey sind von vielen Leuten beobachtet worden, unter ihnen auch ein Reporter der New York Times, der einen Bericht darüber verfasst und an seine Redaktion geschickt hat. Das war ein Fehler: Er wurde fristlos entlassen, weil eine so seriöse Zeitung keinen Reporter beschäftigen kann, der offensichtlichen Schwachsinn schreibt, denn „wie jedermann weiß, kann ein Gerät aus Metall, das schwerer ist als Luft, nicht fliegen“. Es hat vier Jahre gedauert, bis die Zeitung erstmals über die erfolgreichen Flugversuche berichtet hat und gut hundert Jahre bis der Airbus 380 mit 560 Tonnen zu seinem ersten Testflug abgehoben hat.

Die INWO hat den Begriff FAIRCONOMY vor kurzem geschaffen und beschreibt damit eine Wirtschaft mit „fließendem Geld“. Die vier Jahre laufen bereits – und sie gehen vorüber. Aber es erscheint uns gewiss: Nach gut hundert Jahren wird es auf der Welt nur noch „fließendes Geld“ geben. FAIRCONOMY will dazu beitragen, dass die Menschenopfer, die unser statisches Geldsystem bis dahin produziert, nicht in zweistelligen Milliarden gezählt werden müssen.



Prof. Dr. Dr. Wolfgang Berger, Ökonom und Philosoph mit langjähriger Management-erfahrung auf drei Kontinenten, leitet jetzt das Business Reframing Institut in Karlsruhe: www.business-reframing.de.

Die allgemeine Kapitalismuskritik: am Wesentlichen vorbei!

Eine sehr entscheidende Frage meiden Politiker, Unternehmer und Gewerkschaftsvertreter wie auch Wirtschafts- und Sozialexperten, wenn sie über den Kapitalismus diskutieren: Wie entwickelt sich eine kapitalistische Wirtschaft langfristig?

Welche Leistungen der Kapitalismus ermöglichen kann, zeigt zum Beispiel die Entwicklung in der BRD seit den fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts. In der Aufbauphase und weit darüber hinaus brachten hohe Wachstumsraten der Wirtschaft Wohlstand und – mit Hilfe des Staates, im Rahmen einer sozialen Marktwirtschaft – soziale Sicherheit. Unternehmer konnten gute Gewinne einfahren. Löhne, Gehälter und Renten konnten laufend steigen. Sparer konnten durch Zins und Zinseszins ihre kleinen Sparsummen bzw. ihre Geldvermögen Jahr für Jahr aufstocken. Der Kuchen Bruttosozialprodukt wurde ständig größer. Alle Sektoren konnten ein immer größeres Stück abbekommen. Es herrschte Arbeitskräftemangel, so dass ausländische Arbeiter willkommen waren.

Lasten fallen in einer Volkswirtschaft natürlich auch an, nicht nur Steuern, auch Schulden- und Zinslasten, aber diese waren in den ersten Jahrzehnten relativ niedrig. Später wandelte sich das Bild. Schulden- und Zinslasten des Staates und der Unternehmen nahmen zu. Das Wirtschaftswachstum ging zurück. Löhne und Gehälter konnten keine üppigen Zuwächse mehr verzeichnen. Viele Unternehmen retteten sich und ihre Gewinne mit Hilfe des technischen Fortschritts durch Rationalisierung - sie kamen mit weniger Arbeitskräften aus, verringerten somit die Lohnkosten. Das Phänomen Massenarbeitslosigkeit trat in den Vordergrund. Der Staat musste unter dem wachsenden Druck der Schulden- und Zinslasten öffentliche Leistungen kürzen.

Aber die bei einer Minderheit sich konzentrierenden Geldvermögen – stets im Hintergrund der Aufmerksamkeit – wuchsen dennoch und zwar lawinenartig: von 0,5 Billionen DM im Jahr 1969, über 7,1 Bill. DM im Jahr 2000 auf 4,1 Bill. Euro im Jahr 2004. Laut Bundesbank

kommen ca. 80 Prozent der Neuersparnisse durch Zins und Zinseszins zustande. Und spiegelbildlich sind auch die Schulden gewachsen. Gegenüber jenen Vermögenszuwächsen blieben Arbeitseinkommen immer weiter zurück. Die Massenkaufkraft nahm ab, auch infolge der Kürzung öffentlicher Leistungen.

Die niedrigen Wirtschaftswachstumsraten können die progressive Ungleichheit der Einkommensverteilung nicht aufhalten. Selbst deutlich höhere Wachstumsraten vermöchten dies nicht mehr, zu groß geworden ist der Vorsprung einer reichen Minderheit mit ihren Geldvermögen und den daraus sprießenden Zuwächsen. Der Kapitalismus hat die ihm wesensfremde soziale Marktwirtschaft verdrängt. Dabei zeigt sich: Nicht Privateigentum an den Produktionsmitteln und Wettbewerb machen den Kapitalismus aus, die Erzielung von Kapitalerträgen ist das wesentliche, das dominierende Element.

Ist in einer der öffentlichen Diskussionen über die Kapitalismuskritik Münteferings jemand auf jenes Hauptmerkmal zu sprechen gekommen? Sei es in der Presse, im Rundfunk, im Fernsehen oder in öffentlichen Veranstaltungen? Ein "scheues Reh" einzufangen kommt gar nicht erst in Betracht. Statt dies anzustreben wird zum Beispiel gefordert: Niedrigere Unternehmenssteuern und Lohnnebenkosten, mehr Wirtschaftswachstum, Abbau öffent-



Montagsdemo im August 2004 in Leipzig mit INWO-Plakat.

licher Schulden. Dabei steckt der Staat in einer Zwickmühle: Mindert er die Steuereinnahmen, bleibt weniger Geld für öffentliche Leistungen, die Massenkaufkraft wird noch mehr geschwächt. Steigert er weiterhin die Verschuldung, bedrohen immer größere Schul-

den- und Zinslasten den finanziellen Spielraum des Fiskus und die der Nachfolgeneration.

Erschwerend für Unternehmen ist zweifellos das niedrige Lohnniveau in einigen EU-Mitgliedsländern. Die größere Konkurrenz – auch global gesehen – führt dazu, dass die Gewinne der Unternehmen in unserem Lande nicht hoch genug ausfallen und daher für Lohnzahlungen weniger zur Verfügung steht. Aber auch ohne diese geschaffene größere Konkurrenz würde die Mitte des vorigen Jahrhunderts begonnene Epoche schließlich den für die Spätphase einer kapitalistischen Wirtschaft charakteristischen Abwärtstrend offenbaren, der mit der Vorrangstellung des Finanzkapitals programmiert ist.

Mehr Wirtschaftswachstum? Und das mit Hilfe niedrigerer Löhne und Lohnnebenkosten? Was soll es bringen? Vielleicht einige wenige Arbeitsplätze. Vor allem aber Zinsen und Renditen. Zins- und Aktiengewinne – das Finanzkapital will weiterhin ein immer größeres Stück des volkswirtschaftlichen Kuchens. Dieses Anspruchsdenken und -verhalten wird allgemein nicht in Frage gestellt. Daher ist zu erwarten, dass der nach dem zweiten Weltkrieg mit der DM-Einführung neu gestartete Kapitalismus immer tiefer in eine Schulden-sackgasse gerät und in naher oder ferner Zukunft unweigerlich auf seine große Krise zu-steuert. Zwar hat er großen Wohlstand gebracht, aber er kann ihn nicht dauerhaft sichern. Im Gegenteil, die in ihm angelegte, vor allem zins- und zinseszinsbedingt weit geöffnete Einkommensschere lässt den erreichten Wohlstand für die große Mehrheit der Bevölkerung schließlich wieder schrumpfen und Armut sich ausbreiten.

Was wir brauchen

Die immer stärkere Vermögenskonzentration bei einer Minderheit erfordert eigentlich eine Umverteilung, breite Streuung. Wohl eine Illusion. Was bleibt am Ende, dessen Tag und Stunde niemand voraussehen kann? Auf welche Weise auch immer: Die Geldvermögen werden entwertet, die Schulden lösen sich in Nichts auf, und der Kapitalismus, falls man dann immer noch an diesem System festhält, kann neu starten. Die Geschichte kennt dafür zahlreiche Beispiele. Einen großen Vorsprung hat dann von vornherein wieder die Minderheit, die ihr reichliches Geld rechtzeitig in Immobilien oder andere Sachwerte gesteckt hatte.

Die derzeitige Kapitalismuskritik und die Medien-Diskussionen gehen am Wesentlichen

vorbei. Sie bewegen sich auf dem Niveau des traditionellen Klassenkampfes, auf der Ebene des persönlichen Gegensatzes von Arbeitern und Unternehmern. Dieses alte Denken ist in den hoch entwickelten Volkswirtschaften weitgehend überholt (abgesehen von einzelnen schwarzen Schafen, von Unternehmern, die ausgesprochen unsozial denken und handeln), denn die Gewerkschaftsbewegung des 20. Jahrhunderts hat sehr viel für die Arbeiter erreicht. Den unpersönlichen Interessengegensatz aber zwischen Arbeit (Arbeiter- und Unternehmerfunktion) auf der einen und dem Finanzkapital auf der anderen Seite lässt man außen vor.

Darüber sprechen die Diskutanten im Rampenlicht der Öffentlichkeit nicht. Sie werden auch nicht von Moderatoren dazu gezwungen.

Das Finanzkapital genießt gegenüber der Arbeit einen sehr viel höheren Grad an Freiheit. Es kann den ungünstigen Wirtschaftsraum leicht verlassen und global sehr schnell dorthin gelenkt werden, wo höhere Zinsen und Renditen winken. Der Gedanke einer Sozialpflichtigkeit des Eigentums (auch Geldvermögen sind Eigentum), wie es das deutsche Grundgesetz vorsieht (Art. 14 Abs. 2 GG), hat das Finanzkapital bisher nicht eingeholt. Deswegen dürften die Höhe der Wirtschaftswachstumsraten keinesfalls überschreiten – eine Mindestvoraussetzung für einen neuen Weg zu einer sozialen Marktwirtschaft, in der Arbeitseinkommen Vorrang haben sollten vor Einkommen ohne Arbeitsleistung, vor Privilegien, die auf dem bloßen Eigentumsstatus beruhen und in der Regel voll ausgenutzt werden, was auch für das Bodeneigentum gilt.

In weiser Vorausschau wurde der Gedanke der Sozialpflichtigkeit des Eigentums in das Grundgesetz aufgenommen. Die Politik aber hat diese für einen demokratischen und sozialen Staat und für eine soziale Marktwirtschaft so wichtige Leitidee bisher ignoriert und der destruktiven Seite des Kapitalismus alle Türen offen gehalten.



Josef Hüwe, Jg. 1938, berufliches Fachgebiet Sozialversicherung. Seit 1960 befasst mit Grundfragen der Volkswirtschaft inkl. Freiwirtschaft. INWO-Mitglied.

Termine

23.09.2005, 19:30 Uhr
München, Marstallplatz 7,
Institutio Cervantes
Vortrag & Diskussion
"Der Tanz um den Gewinn - Von der Besinnungslosigkeit zur Besinnung der Ökonomie"

mit Prof. Dr. Bernd Senf, FHW Berlin - Eintritt: 7 (5) Euro, Kontakt: Equilibrismus e.V. - Reservierung (bis 22.9.): Tel. 089/15890260

24.-25.09.2005

Bad Boll

Seminar

„Das Geld im Kreislauf der Wirtschaft“

Teil einer Reihe von Elementar-Seminaren, die die Möglichkeit bietet, sich in einem Durchgang durch die verschiedenen Bereiche unserer Gesellschaftsordnung grundlegende sozialwissenschaftliche Erkenntnisse zu erarbeiten.

Kontakt: Seminar für freiheitliche Ordnung (Sffo) e.V., Badstraße 35, D-73087 Bad Boll, Telefon (07164) 3573, www.sffo.de

06.10.2005, 19:30 Uhr

Dessau,

Gemeinde- u. Diakoniezentrum St. Georg

Vortrag & Diskussion

„Zum Euro drängt, am Euro hängt ... - nicht alles! Vom (Un-) Sinn des Geldes und den Chancen alternativer Währungen.“

Alfons Föhrenbach, ehemaliger Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Delitzsch-Eilenburg, über Licht- und Schattenseiten des Geldes und "Komplementär-Währungen".

Kontakt: Ev. Akademie, Sachsen-Anhalt e.V., Schloßplatz 1d, 06886 Lutherstadt Wittenberg

11.10.2005, 19:00 Uhr

Stuttgart-Feuerbach,

Tagungshotel Weinsberg

Vortrag & Seminar

„Marktwirtschaft ohne Kapitalismus?!“

mit Klaus Popp, Geschäftsführer der Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung (INWO) e.V.

Anmeldung: INWO Stuttgart, Telefon: (0172) 38 50 007 (Hr. Rau), Stuttgart@INWO.de

(Fortsetzung siehe Seite 9)

Kapitalismus – was ist das eigentlich?

Dank SPD-Chef Franz Müntefering ist der Begriff Kapitalismus wieder in aller Munde. Dabei versteht fast jeder darunter etwas anderes. Auch Müntefering war sich ganz offensichtlich über die Hintergründe nicht im Klaren als er die Diskussions-Lawine los trat.

Denn nachdem er von diversen Seiten mit massiven Vorwürfen bedacht wurde, die von „Unternehmerfeindlichkeit“ bis hin zur Totschlagkeule „Antisemitismus“ reichten, redete er sich ausgerechnet auf jene Hedge- und Equityfonds heraus, die erst vor kurzer Zeit in Deutschland zugelassen worden waren. Und weil diese Fonds häufig über Betriebe herfallen, sie mit oft geliehenem Geld aufkaufen, zerlegen oder zerschlagen, um die Reste schließlich mit Gewinn und ohne Rücksicht auf die Beschäftigten an den nächsten Spekulanten weiter zu verscherbeln, war Münteferings Vergleich mit „Heuschrecken“ nicht unbegründet.

Dabei hat man diesen „Heuschrecken“ nicht erst jetzt offiziell die Türen geöffnet, sondern sie selbst seit langem durch die Verscherbelung öffentlicher Einrichtungen „angefüttert“, bis hin zum Verkauf von hunderttausenden von Mietwohnungen aus öffentlichem Besitz. Und mit Renten-Ängsten und Unterstützungskürzungen werden inzwischen auch die kleinen Leute in die Arme jener Kapitalversicherungen getrieben, die dann mit diesen Mitteln, oft um drei Ecken, die spekulativen Fonds vergrößern. Und nicht zuletzt haben die Parteien, durch massive Senkungen der Unternehmenssteuern, den „Heuschrecken“ das Fressen in unserem Land auch noch besonders schmackhaft gemacht!

Was sind die Hintergründe dieser weltweiten Kapital-Überschwemmungen?

Geht man diesen Spekulationsplagen nach, dann wird deutlich, dass sie erst entstanden sind, als sich in den Industrienationen immer größere Mengen überschüssiger Geldvermö-



gen bildeten. Da diese auf normale investive Weise keine ausreichend lukrativen Anlagemöglichkeiten mehr fanden, schwappten sie zunehmend über die Landesgrenzen und überschwemmen inzwischen den ganzen Globus. Ein weiterer Grund für dieses Ausweichen in andere Länder ist der inzwischen erreichte hohe Schuldenstand der Unternehmen und Privathaushalte in den Industrienationen, der weitere Kreditvergaben mit zunehmenden Risiken behaftet. Lediglich die Staaten finden trotz überhöhter Verschuldungen noch genügend neue Kreditgeber, weil sie als einzige Schuldner eine Rückgriffsmöglichkeit auf den Steuerzahler haben, notfalls sogar auf die Notenpresse.

Wie aber kommt es zu diesem Anschwellen der Geldvermögen, zu den jährlichen Vermehrungen und oft Verdoppelungen der Milli-

onäre, Multimillionäre oder Milliardäre? Die Antwort finden wir in dem Automatismus, den die Deutsche Bundesbank bereits vor zehn Jahren als „Selbstalimentation der Geldvermögen“ bezeichnet hat, nämlich in jenem Zins- und Zinseszinsseffekt, der die einmal angesammelten Geldvermögen ständig exponentiell vermehrt.

In Deutschland ließ dieser Effekt, verstärkt noch durch die laufenden Ersparnisse, die Geldvermögen von 1950 bis 2000 real auf das 33-fache ansteigen, während das BIP sich real „nur“ auf das Siebenfache vermehrte. Das heißt, die Wirtschaftsleistung, aus der die Vermögenseinkünfte bedient werden müssen, fiel diesen gegenüber immer mehr zurück. Auch die Sachvermögen, die seit alters her als Deckung für die Geldverleiher nötig sind, nahmen nur halb so rasch zu wie die

Unterschiedliche Größenentwicklungen

Deutschland 1991 bis 2001

Zuwachsgrößen in Prozenten



Quelle: Bundesbank / BMA

Ausgangszahlen in Mrd. Euro:

	1991	2001
Nettolöhne und -gehälter:	481	590
Bruttolöhne und -gehälter:	697	901
Eink. Unternehm. u. Vermögen:	321	421
Bruttoinlandsprodukt:	1502	2063
Steuereinnahmen Staat:	337	477
Bankzinszahlungen:	155	303
Geldvermögen:	3083	6158

© Helmut Creutz / Nr. 137

© INITIATIVE FÜR NATÜRLICHE WIRTSCHAFTSORDNUNG

Geldvermögen, was die Kreditrisiken entsprechend weiter wachsen ließ, auch wenn man sie zunehmend durch Hedge-Fonds oder andere Finanzgeschäfte abzusichern versuchte. Weil aber in jeder Volkswirtschaft irgendwann letztlich diese Anlage suchenden Geldvermögen zur Schließung des Kreislaufs aufnehmen muss, sprang ab Mitte der 1970er Jahre der Staat zunehmend in die Bresche.

Doch da inzwischen auch die Staaten mit dem Rücken zur (Pleite-)Wand stehen, musste sich das weiter wuchernde Geldkapital schließlich immer neue Wege suchen - bis hin zur Globalisierung!

Was bedeuten nun die Bezeichnungen Kapital, Kapitalist und Kapitalismus?

a) Kapital:

Kapital ist alles Eigentum, das ohne eigene Arbeitsleistung ein Einkommen abwirft, gleichgültig ob als Zins, Bodenrente oder Sachkapital-Rendite. Eigentum, das ein solches Einkommen nicht abwirft, z.B. der eigene Wagen oder das Häuschen im Grünen, ist also niemals Kapital, sondern nur Sachvermögen.

Der Unterschied zwischen beiden Definitionen wird deutlich, wenn man Geld übrig hat: Zu Hause in der Schublade bleiben 100 Euro immer 100 Euro, bei der Bank oder anderen Geldüberlassungen werden daraus jedoch mehr. Und wenn man auch die Zinsen stehen lässt, kommt es sogar zu jenem exponentiellen Anstieg, aus dem das Überwachstum der Geldvermögen und Schulden resultiert.

Weil Geld diesen Zins abwirft, wird auch das

zum Erwerb von Sachvermögen investierte Geld, gleichgültig ob geliehen oder aus der eigenen Tasche, der Wirtschaft nur dann zur Verfügung gestellt, wenn es auch hier ein Mehr abwirft! Das heißt der Geldzins überträgt sich auf alle in der Wirtschaft eingesetzten Sachvermögen und macht sie ebenfalls zu Kapital. Und dieser Geldzins ist gleichzeitig die Hürde, die bei jeder Investition, und damit jeder Schaffung eines Arbeitsplatzes, übersprungen werden muss!

b) Kapitalist:

Kapitalist ist jeder, der über solche verzinsten Vermögenswerte als Eigentümer verfügt, gleichgültig ob Geld- oder Sachvermögen. Den Kapitalismus an bestimmte Personen zu binden, ist also kaum möglich. Denn so wie heute fast jeder Mensch zeitweise ein Arbeitender ist, so verfügt fast jeder Mensch heute auch über zinsbringende Vermögenswerte, und sei es nur ein Sparbuch. So wurde in der Heuschrecken-Diskussion sogar verschiedentlich herausgestellt, dass auch diejenigen vom Kapitalismus profitieren, die Renten-Rücklagen bei Lebensversicherungen oder Banken bilden.

c) Kapitalismus:

Kapitalismus schließlich ist ein Wirtschaftssystem, in der die Bedienung des Kapitals Vorrang hat vor der Bedienung der Arbeit und jeglicher anderer Einkünfte. Das heißt, es ist ein System, in dem die Kapitaleinkommen, vor allem die der Geldvermögens-Besitzer, auf Grund der festgelegten Zinsen einen festen Erstanspruch an das Ergebnis der Wirtschaftsleistung haben, während sich die Arbeitleistenden mit dem „Rest des Kuchens“ zufrieden geben müssen. Kapitalismus ist fer-

ner ein System, in dem die Überlegenheit des Geldes, gekoppelt mit dem Zinseszinsystem, die Geldvermögen und Schulden schließlich ins Unermessliche wachsen lässt, ohne Rücksicht auf die wirklichen Bedürfnisse der Menschen und die Natur!

Ebenso fragwürdig wie der Kapitalismus selbst ist seine ständige Verwechslung und Vermischung mit der Marktwirtschaft, die im Grunde wie Feuer und Wasser sind. Denn eine funktionierende Marktwirtschaft beruht auf Gegenseitigkeit, die tendenziell zu einem Ausgleich der Interessen führt. Der Kapitalismus dagegen lässt eine Seite ständig reicher und die andere ärmer werden und verfälscht auf diese Weise die Marktwirtschaft, bis hin zu ihrer Zerstörung!

Resümee:

Der Kapitalismus ist zweifellos ein Wirtschaftssystem, das als Antriebsmotor für Arbeit und Wohlstand in der Anfangsphase phantastisch funktioniert. Problematisch ist jedoch, dass dieser Motor ständig höhere und immer schneller steigende Drehzahlen benötigt, um weiter rund zu laufen. Doch solch ein positiv rückgekoppeltes System muss letzten Endes genauso zusammenbrechen wie jeder Kettenbrief oder jedes Pyramidenspiel!

Die Ursache dieses Auseinanderdriftens zwischen dem Wachstum der Wirtschaft und den monetären Größen ist letztlich nur ein kleiner Konstruktionsfehler: Es ist der Tatbestand, dass ausgerechnet der wichtigste Preis in diesem System, nämlich der des Kapitals, sich selbst durch marktwidrige Knapphaltung hoch halten kann! Unsere Demokratien sowie die Umwelt und der Frieden in der Welt, sind also nicht durch die immer wieder beklagten angeblich überzogenen Ansprüche der Bürger an den Staat gefährdet, sondern durch die exponentiell wachsenden überzogenen Ansprüche des Geldkapitals an das Sozialprodukt, die selbst dann nicht verschwinden, wenn wir in Geldvermögen schwimmen!



Helmut Creutz, Jahrgang 1923, lebt in Aachen und ist Wirtschaftsanalytiker und Autor mehrerer Bücher, unter anderem des Standardwerks "Das Geld-Syndrom. Wege zu einer krisenfreien Marktwirtschaft" (2001). Im Jahr 2004 sind "Die 29 Irrtümer rund ums Geld" erschienenen.

Termine

(Fortsetzung von Seite 6)

17.10.2005, 18:40 Uhr
Essen, VHS, Burgplatz 1
Vortrag & Diskussion

„Marktwirtschaft ohne Kapitalismus ?!“

von Klaus Popp, Geschäftsführer der Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung (INWO) e.V.
Kontakt: INWO, Klaus Popp, Telefon: (0211) 304105, Klaus.Popp@INWO.de

19.10.2005
Köln, Afrikanum
Seminar

„Geld als Ursache weltweiter Probleme?“

mit Buchautor Helmut Creutz, Kontakt: www.subventionsberater.de/creutz/index.html,
Telefon: (07446) 917 946 (12-18 Uhr)

27.10.2005
Kempten,
Hochschulgemeinde
Vortrag

„Die 29 Irrtümer rund ums Geld“

mit Buchautor Helmut Creutz
Kontakt: siehe vorheriger Termin

25.-27.11.2005
Wuppertal
Seminar

„FAIRCONOMY für Fortgeschrittene“

in der Silvio-Gesell-Tagungsstätte - Einblicke in die Funktionsweise unserer Geldwirtschaft mit Buchautor Helmut Creutz und INWO-Geschäftsführer Klaus Popp.

Anmeldung: INWO Geschäftsstelle, Blasiusstrasse 63, 40221 Düsseldorf, Telefon: (0211) 304105 (Di.-Fr., 9-11 Uhr), INWO@INWO.de

9.-11.12.2005
Wuppertal
Seminar

„INWO-Rhetorikseminar“

in der Silvio-Gesell-Tagungsstätte mit Klaus Popp - Schulungs- und Einführungswochenende für freiwirtschaftlich interessierte StandbetreuerInnen und zukünftige ReferentInnen.

Anmeldung: siehe vorheriger Termin

Weitere Informationen und Termine finden Sie unter www.INWO.de/Termine.

Pressespiegel

Mehr als 300 Vorträge, Referate, Konferenzen und geschätzte 1500 Teilnehmer verzeichnete das 1. Deutsche Sozialforum in Erfurt. Mit dabei war Ende Juli auch die INWO. Die **Frankfurter Rundschau** berichtet darüber am 25.07.2005 auf Seite 1. Die INWO wird als eines der Projekte genannt, das nicht wie viele andere auf Veränderungen wartet, sondern etwas dafür tut. Zu Wort kommt mit Alwine Schreiber-Martens ein Vorstandsmitglied der INWO: "Man muss Ideen unters Volk bringen. Nur gegen etwas sein, das reicht nicht mehr."

Gerd Leipold, Geschäftsführer von Greenpeace International, zeigt in einem Interview des Magazins **GEO** (07/2005), dass er auf der richtigen Spur ist. Er deutet an, den Zusammenhang zwischen Wachstumswahn und Zinsentwicklung erkannt zu haben: "Der Markt kennt die ökologischen Grenzen nicht. Wenn man hochrechnet, wie viele Pkw alle Autokonzerne zusammen künftig produzieren wollen, und das mit der ökologischen Belastbarkeit unserer Atmosphäre vergleicht, sieht man die Blindheit der Wachstumsideologien."

Die Zinsen sind der entscheidende Faktor bei den Haushaltsausgaben. Dies zumindest zeigt der **SPIEGEL** (26/2005) in einer Grafik zum Titelthema. Während sich die Rentenausgaben verdreifacht haben, ist die Zinslast um das Siebenfache angestiegen. Leider gelingt es den Autoren nicht, dies auch in ihr Gedankengebäude aufzunehmen. Im Text findet sich nur ein vorsichtiger Hinweis auf die neue Erkenntnis: "Schulden sind ein schleichendes Gift. Sie häufen sich im Verborgenen an, durch die Zinsfälle in einem immer erschreckenderen Tempo, aber lange bleiben sie unsichtbar." Die Erklärung, warum dies die Medien so wenig interessiert, wird gleich mit geliefert: "Arbeitslosigkeit und Armut haben ein Gesicht, Schulden dagegen lassen sich nicht filmen." Das kolossale Unverständnis von der Zinsdimension beweist

die **SPIEGEL**-Redaktion schon mit dem Titelblatt. Von einer "Gesamtverschuldung der Bundesrepublik Deutschland" von 1,4 Billionen Euro ist da zu lesen. Tatsächlich sind dies lediglich die Schulden der öffentlichen Haushalte. Die Gesamtverschuldung ist dreimal so hoch!

US-Ökonom Jeremy Rifkin spricht in einem Interview der **Stuttgarter Zeitung** vom 14.06.2005 über die "Scheindiskussion", die in Deutschland geführt wird. Rifkin zeigt in überzeugender Manier die Schwachstellen der vermeintlichen Wirtschaftswunderländer USA, Großbritannien und China auf. Und er verweist auf die drei üblichen "Pseudotheorien" der Politiker: "Erstens: Wir verlieren in unserem Land Jobs, weil die bösen Unternehmer Stellen ins Ausland verlagern. Zweitens: Wir haben genug Jobs, die Leute sind nur nicht richtig ausgebildet. Und drittens: Wir haben zu wenig Jobs, weil die Sozialabgaben zu teuer sind. Alle drei Argumente sind absurd." Die Ursache der Massenarbeitslosigkeit sieht Rifkin in der Umverteilung: "Die 356 reichsten Familien besitzen heute 40 Prozent des Reichtums der Menschheit. Diese Entwicklung führt uns in den Abgrund. Wenn die Unternehmen die Löhne immer weiter drücken, wird irgendwann niemand mehr ihre Produkte kaufen. Das ist so logisch, dass es eigentlich jeder verstehen müsste. Was wir brauchen, ist eine Reglobalisierung, bei der die Bedürfnisse der Mehrheit im Vordergrund stehen, nicht die Gewinnspannen einer kleinen Minderheit."

Die Links zu einigen Artikeln und weitere aktuelle Einträge finden Sie unter www.INWO.de/Presse.

Mehr Zeit für Ethik!

Wirtschaft und Ethik - diese beiden Begriffe waren lange Zeit in unterschiedlichen Welten zu Hause. Zwar etabliert sich gegenwärtig eine so genannte Unternehmens- bzw. Wirtschaftsethik. Sie beschäftigt sich allerdings nicht mit der Frage, warum die herrschende Ökonomie unser ethisches Handeln einschränkt.

Es ist offensichtlich, dass die Bedingungen, unter denen unsere Ökonomie real existiert, unserem Vermögen, real ethisch zu handeln, immer engere Grenzen setzen. Die gesetzlichen Versicherungssysteme werden „entsolidarisiert“; d.h. die Umverteilung von oben nach unten wird sehr stark eingeschränkt, die Umverteilung von unten nach oben wird beschleunigt. Es wird also ganz offensichtlich immer gleichgültiger, von welcher Ethik, von

welchem Wertesystem politische „Entscheidungsträger“ umfassen sind, eben deshalb, weil sie nur noch vermeintlich „entscheiden“, und in Wahrheit andernorts entschiedene „Sachzwänge“ den Wählern „verkaufen“ müssen, und sich bemühen, selber dabei möglichst wenig Schaden zu nehmen. Der Grundgedanke der Demokratie, dass sich der Willensbildungsprozess allmählich von unten nach oben durchsetzt, wird pervertiert und in sein Gegenteil verkehrt: Politik heißt heute, nach unten zu vermitteln, was oben als unvermeidlich durchgewunken wird.

Die Moderne ist einst mit der Verheißung angetreten, dass die Maschinen den Menschen von der Arbeit befreien werden. Heute könnte es – jedenfalls hierzulande – fast soweit sein: Die deutsche Arbeitsproduktivität (also das Verhältnis der erzeugten Werte zur dafür nötigen Arbeitszeit) ist annähernd die höchste der Menschheitsgeschichte. Aber wir sollen wieder mehr arbeiten und weniger verdienen. Wie kann das sein?

Die Lücke zwischen Lohn- und Produktivitätssteigerung wird bereits seit Jahren immer größer: Nachdem die (inflationbereinigten) Reallöhne seit Kriegsende zwar zunehmend schwächer, aber eben doch immer angestiegen sind, ist seit Mitte der 90er-Jahre eine Tendenz zur Stagnation zu beobachten: Ergebnis der immer wieder angemahnten „Lohnzu-

rückhaltung“, jeweils begründet mit der deutschen Wettbewerbsfähigkeit resp. der Standortfrage. Die Fähigkeit der Deutschen, das von ihnen Erzeugte auch wirklich selber nachzufragen, wird immer schwächer, diese Nachfragerlücke und die solcherart induzierte Arbeitslosigkeit immer größer. Wen wundert's, dass das Wachstum zurückgeht und ebenfalls stagniert? Die deutsche Wachstumsschwäche ist eine Binnenschwäche. Das bestreitet übrigens auch niemand ernsthaft. Denn über die Erfolge im Exportbereich können wir uns nicht beklagen: Deutschland ist Weltmeister im Exportieren! Auch preisbereinigt ist der deutsche Export – u.a. als Ergebnis der „Lohnzurückhaltung“ – in den letzten fünf Jahren nochmals um fast fünfzig Prozent gestiegen. Doch damit nicht genug: Deutschland ist gleich noch mal Weltmeister; und zwar beim Exportüberschuss. Kein anderes Land liefert an den Rest der Welt so viel mehr, als es vom Rest dieser Welt einkauft. Ohne diese Exportüberschüsse wäre unsere Arbeitslosigkeit noch dramatisch höher.

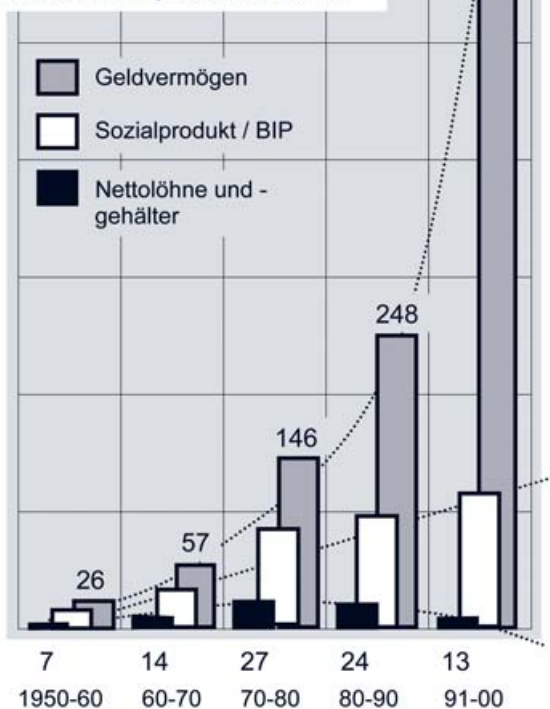
Wozu hätte Keynes geraten?

Von den Neoliberalen wird diese Entwicklung weiter forciert. Um die deutsche Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen, wird der Druck auf die untersten Lohngruppen immer weiter erhöht. Aber so kann es nicht gehen: Ein John Maynard Keynes hätte im Rahmen des nach ihm benannten Planes einem Deutschland wie dem heutigen nicht etwa eine Absenkung, sondern im Gegenteil ein Anheben der Löhne empfohlen.

Ja, ist der denn verrückt? Nein, keineswegs. Keynes wusste noch: So wie ein Land, das Importüberschüsse zeitigt, über seinen Ver-

Zuwachsraten im Vergleich Deutschland – 1950-2000

Dekadendurchschnitte i.Mrd DM unter Ausklammerung des Jahres 1990-91



Quelle: Bundesbank

© Helmut Creutz / Nr. 022



Keynes' Plan: einer für die ganze Welt

hältnissen lebt, so lebt ein Land mit Exportüberschüssen unter seinen Verhältnissen; und im Falle Deutschlands eben in dramatischer Größenordnung. Wenn dieser Situation nicht durch Lohnanhebung im Binnenbereich begegnet wird, dann bringt man die Menschen in diesem Land, die diese Exportüberschüsse erarbeitet haben, nicht nur um die vollständigen Früchte ihrer Arbeit, sondern man nimmt den Volkswirtschaften andernorts auch die Luft zum Atmen: Denn der solcherart andernorts erzwungene permanente Importüberschuss verhindert den Aufbau einer gesunden Binnenwirtschaft und zwingt in die Verschuldung und ihre Konsequenzen, weil dieser Importüberschuss nur finanziert werden kann mit geliehenem Kapital, welches aus den Überschussländern stammt.

Aber jetzt ist ja Globalisierung – und entsprechend steht die Drohung der Abwanderung von Arbeitsplätzen im Raum. Was wäre also zu tun? Welche aus ethischen Maßstäben generierten Maßnahmen wären zu treffen, um unsere globalisierte Ökonomie und damit auch uns selbst zu „ethisieren“?

Zunächst müssen wir neben der Wachstums-

Was ist also zu tun? Diejenigen, denen die Zinsen ein Sakrosanktum sind, sehen nur die Möglichkeit, das reale Wachstum wieder über das monetäre zu peitschen. Das ist ja auch die offizielle Politik, obwohl im Angesicht eines Brüning-Programmes namens Hartz IV, das die ohnehin schwache Binnennachfrage endgültig kaputtmacht, Zweifel aufkommen müssen, ob dieses Ziel denn auch tatsächlich ernsthaft angestrebt wird. Aber auch ohne Hartz IV wird das mit dem Wachstum wohl kaum noch klappen, weil die Gesamtnachfrage durch die starke Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen bereits zu schwach ist, weil es trotzdem zunehmend Sättigungstendenzen gibt, weil darüber hinaus die Menschen nachhaltig verunsichert sind und „Angst“-sparen.

Bereits für Keynes war klar, wohin die Reise geht: Er sprach von der „sinkenden Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals“ (Man tut Keynes nicht unrecht, wenn man darauf hinweist, dass das Marx'sche Pendant dazu der „tendenzielle Fall der Profitrate“ ist.), was nichts anderes heißt, als dass in einer gereiften Volkswirtschaft die in der Realsphäre zu erwirtschaftenden Profite der Unternehmen im-

rate der Realsphäre (also des Brutto-sozialprodukts bzw. Bruttoinlandsprodukts) die Wachstumsrate der monetären Sphäre in den Blick nehmen. Diese entspricht im Wesentlichen der Höhe des Zinssatzes. Diesem wohnt nun ein Polarisierungseffekt inne, dergestalt, dass dem (Geld-)Vermögenden gegeben wird, was andernorts abgezockt werden muss, in letzter Konsequenz bei den Lohnkosten. Wenn die reale Wachstumsrate dauerhaft unter die monetäre Wachstumsrate fällt – und das ist in Deutschland seit Jahren der Fall – müssen die Löhne sinken. Es wird von den Arbeitenden zu den Besitzenden umverteilt.

mer geringer werden.

Die heimischen Vermögensbesitzer (und auch die aller anderen Industrieländer) sehen daher zu Hause keine ausreichenden Verwertungsmöglichkeiten für ihr Kapital. Zum einen unterbleiben dadurch daheim gesellschaftlich wichtige Zukunftsinvestitionen in den Bereichen Umwelt, Jugend, Ausbildung, Kultur. Zum anderen aber sucht das ständig schneller anwachsende Anlagekapital nunmehr auf den Weltmärkten nach höchstmöglicher Verwertung, d.h. Kapitalverzinsung.

Neben den Renditeerwartungen sind aber in den Schwellenländern auch die Risikoprämien und somit die Zinssätze sehr hoch. Im Ergebnis zahlen daher Entwicklungsländer mehr Zinsen und Tilgungen an die Gläubigerländer, als sie an Krediten und Entwicklungshilfe von diesen erhalten. Kapitalbildung und Wohlstandsmehrung in den Armutsländern wird verhindert und die Abhängigkeit von Auslandskapital perpetuiert.

Eine Eindämmung des Wachstums der Geldvermögen in den Industrieländern ist daher notwendige Voraussetzung dafür, eine Kapitalbildung in den Entwicklungsländern überhaupt erst zu ermöglichen. Um den Selbstvermehrungsmechanismus, der dem Geldvermögen innewohnt, abzubremsen, um die wachsende Ungleichverteilung zwischen Schuldnern und Geldvermögensbesitzern zu stoppen und die Explosivwirkung von Armut und Elend auf der einen und maßlosem Reichtum auf der anderen Seite zu entschärfen, müssen die realen Zinssätze global gegen Null gedrängt werden.

Wie sollte so etwas möglich sein?

Seit nunmehr über 60 Jahren wird ein entsprechender Plan so erfolgreich totgeschwiegen, dass teilweise selbst Universitätsprofessoren der wirtschaftswissenschaftlichen Disziplinen davon noch nie etwas gehört haben. Dieser Plan wurde vom bedeutendsten Ökonomen des 20. Jahrhunderts auf der bedeutendsten Konferenz des 20. Jahrhunderts vorgestellt: von John Maynard Keynes in Bretton Woods im Jahre 1944, wo die Sieger des 2. Weltkrieges über die Weltwirtschaftsordnung der Nachkriegszeit berieten und befanden.

Der Keynes- oder Bancor-Plan (auf Deutsch u.a. in: Wesen und Funktion des Geldes, hg. von Stefan Leber im Verlag Freies Geistesleben, Stuttgart 1989) sah die Gründung einer Union für den internationalen Zahlungsverkehr, der "International Clearing Union", vor, die auf einem internationalen – und gewisser-



Harry Dexter White und John Maynard Keynes (r.), 1946

maßen virtuellen – Bankgeld, dem sog. Bancor, beruht. Der Bancor sollte in einem festen, aber nicht für alle Zeit unveränderlichen, Austauschverhältnis zu den teilnehmenden Währungen stehen, dabei aber selbst nicht in Notengeldform oder anderweitig als Zahlungsmittel für die Wirtschaftssubjekte in Erscheinung treten. Die Zentralbanken der Mitgliedsländer sollten bei der International Clearing Union Konten unterhalten, die es ihnen ermöglichen, ihre Leistungsbilanzen untereinander, definiert in Bancor-Einheiten, auszugleichen. Für Länder mit einer positiven Leistungsbilanz, die also mehr Güter und Dienstleistungen exportieren als sie importieren, würde bei der Clearing Union ein Bancor-Guthaben ausgewiesen werden, für solche mit einer negativen Bilanz ein entsprechendes Soll. Das Ganze würde von Maßnahmen begleitet sein, die einer unbegrenzten Anhäufung von Guthaben, und entsprechend auch von Schulden, entgegenwirken: So sollten z.B. auch die Gläubiger- und nicht nur die Schuldnerländer für von ihnen vergebene Kredite Zinsen bezahlen. Und durch den Einbau spezieller Mechanismen würden sich die Zinssätze sehr nahe bei Null bewegen.

Bekanntermaßen konnte Keynes sich in Bretton Woods nicht durchsetzen. Der US-amerikanische Delegationsleiter äußerte damals: "Wir haben nicht den Krieg gewonnen, um uns einer Horde Bankiers zu unterwerfen!" Statt dessen kam der amerikanische "White-Plan" zum Zuge, ein System fester Wechselkurse mit dem US-Dollar im Mittelpunkt, indirekter Goldbindung (über den Dollar) und selbstverständlich einer positiven

Verzinsung der Überschüsse. Keynes kommentierte den White-Plan mit den Worten: "Das ist kein Währungssystem mehr, sondern eine Kneipe, in der der bezechte Wirt seine Gäste verführt mitzuhalten. Wer unangemessen nüchtern bleiben will, fliegt raus. Der beschwipste Wirt setzt ihn eigenhändig vor die Tür."

Es grenzt an Blasphemie, wenn heute – u.a. an Universitäten – so getan wird, als seien die so genannten Bretton-Woods-Institutionen Weltbank und IWF in ihrer jetzigen Form irgendwie auf Keynes zurückzuführen. Einer, der es besser weiß, ist der deutsche Ökonom Wilhelm Hankel, der die Auffassung vertritt, dass die Umsetzung des Keynes-Planes nie so wichtig war wie gerade heute. Hankel sieht darin die einzige Möglichkeit, dem Finanz-Globalismus "Schach zu bieten, ihn unter Kontrolle zu stellen, zu zähmen und betriebssicher zu machen, die internationale banking community wieder an die Leine zu nehmen und Kredithaien und Hasardeuren Einhalt zu gebieten" („Euro - Ende des Sozialstaates, Schach dem Globalismus?" - Vortragsveranstaltung im Wintersemester 1989/99 an der Freien Universität Berlin).

Fazit

Ich meine: Wir sollten jedenfalls zu einem Konsens darüber zurückfinden, dass die so genannte Marktwirtschaft nicht Selbstzweck sein darf, sondern auch und gerade im Zeitalter der Globalisierung im Dienste der Bedürfnisse der Menschen stehen muss. Und dass deshalb auch nicht der Mensch um des Weltmarkts willen, sondern allenfalls der Weltmarkt um der Menschen willen da sein muss. Wer den globalen Markt will, muss auch eine globale Rahmenordnung des globalen Marktes wollen – oder wenigstens akzeptieren.

Keynes' Plan weist ihn einmal mehr aus als einen Welt-Ökonomen, der von einem gesunden wohlfahrtspolitischen Instinkt getragen war und nach seinem Tode zu Unrecht auf einen "Mr. Deficit Spending" reduziert wurde. Seine Ideen und Gedanken können gerade heute wegweisend sein für Entwürfe, die ökonomische Vernunft mit Interessen des Gemeinwohls verbinden. Am Ostermontag 1946 ist John Maynard Keynes einem Herzinfarkt erlegen. Sein Plan ist sein Vermächtnis für die "Eine Welt".

Unter der Voraussetzung, dass es gelingt, die globalen Zinssätze gegen Null zu führen, können die Reallöhne proportional zur Produktivität ansteigen. Damit wäre die systemlogi-

sche Voraussetzung dafür geschaffen, dass eine weitere Steigerung der Produktivität zu einer Verkürzung der Arbeitszeit bei gleichbleibenden Einkommen führt. Die Wirtschaft müsste nicht mehr wachsen, und Ressourcenverbrauch und Umweltbelastung könnten durch technischen Fortschritt immer weiter abnehmen. Und die Menschheit könnte immer mehr befreit werden von der Arbeit und könnte sich Ethik, Ästhetik und Schönheit immer mehr zuwenden.

Bereits Keynes träumte von dieser nicht mehr wachsenden, reifen, „stationären“ Wirtschaft, und ich träume davon, dass es gelingt, diese Situation unblutig, also ohne abrupten Systemwechsel, zu erreichen. Als Menschen werden wir dennoch oder gerade dann weiter wachsen: in unserer Kultur, in unserer Kunst, in unserer Spiritualität und in unserer Persönlichkeit, weil wir endlich Zeit haben werden, uns um die Heilung unserer seelischen Wunden zu kümmern, die wir wohl auch deshalb erlitten haben, um materiell dorthin zu kommen, wo wir heute sind.

Wir hätten dann mehr Zeit für Ethik!



Thomas Betz, Jg. 1960, Studium der Wirtschaftswissenschaften in Konstanz, Eugene (Oregon/USA) und Berlin, diverse, mehrjährige Auslandsaufenthalte. Nach langjähriger Tätigkeit für die Treuhandanstalt bzw. deren Nachfolgeinstitution seit 2000 Consultant, Dozent und Publizist mit den Schwerpunkten deutsche und europäische Wirtschafts- und Währungsunion, Globalisierung, IWF/Weltbank sowie Eigentumstheorie der Ökonomie. Vorstandsmitglied der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft sowie der Stiftung zur Reform der Geld- und Bodenordnung.

Auszug aus dem Vortrag „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus? Neue Regeln statt halber Appelle.“ zur FJVD-Sommertagung 2005 – vollständig abrufbar unter <http://userpage.fu-berlin.de/~roehrigw/betz/>

Exportüberschuss – wofür?

Immer wieder fordern Politiker und Industrieverbände mehr Export – auch vom Export-Weltmeister Deutschland! Doch warum und welche Konsequenzen das hat, erklären sie nicht. Wir schon.

Unser kapitalistisches System verlangt ein Wirtschaftswachstum von ca. drei Prozent jährlich. Inflationsbereinigt müssen es mindestens zwei Prozent sein. Nur so können die Zinsen für die Kredite erwirtschaftet werden, ohne Arbeitsplätze zu gefährden.

Ohne die Aussicht auf Rendite wird gewöhnlich kein Geld verliehen. Ohne neue Schuldner werden Zinseinnahmen und andere nicht für den Eigenbedarf benötigten Vermögenszuwächse bevorzugt in täglich oder kurzfristig fälligen Anlagen, also liquide, gehalten. Kurzfristige Einlagen können jedoch nicht in gleichem Maße langfristig ausgeliehen werden, d.h. diese Gelder werden der Realwirtschaft praktisch entzogen (Deflation), das Sinken von Einkommen und Beschäftigung droht.

Wirtschaftswachstum kann durch Steigerung der Binnennachfrage erreicht werden. Bei einem gesättigten Markt, wie wir ihn in Deutschland haben, ist die Steigerung der Binnennachfrage aber schwierig und bei fallenden Löhnen, wie wir sie mittlerweile ebenfalls haben, sogar nahezu unmöglich. Eine andere Möglichkeit für Wirtschaftswachstum ist die Steigerung der Exportüberschüsse!

Doch was bedeuten Exportüberschüsse überhaupt? Sie bedeuten zunächst, dass mehr Leistungen ausgeführt als eingeführt werden. Also wurden im Lande auch mehr Leistungen erbracht als selbst verbraucht. Unter diesem Gesichtspunkt erscheinen Aussagen wie "Wir haben über unsere Verhältnisse gelebt!" zumindest ökonomisch gesehen in anderem Licht. Ökologisch betrachtet ist dies zwar schon wieder anders zu bewerten, hat aber mit Export dann nichts mehr zu tun, sondern mit Lebensstil und Lebensqualität.

Global betrachtet haben aber alle anderen kapitalistischen Länder dasselbe Problem und müssen daher ebenfalls ihre Exportüberschüsse steigern. Gleichzeitig ist dies aber nicht möglich, denn dem Exportüberschuss eines Landes stehen entsprechende Exportdefizite anderer Länder gegenüber. Eine kapitalistische Nation, die ihren Exportüberschuss nicht vergrößern kann, während ihr Binnenmarkt bereits gesättigt ist, hat also ein Problem: Wenn kein Wirtschaftswachstum zu erwarten ist, wird sie, wie oben beschrieben, in die Deflation rutschen.

Doch was passiert, wenn eine Nation dauerhaft mehr Leistungen exportiert als importiert? Zunächst einmal müssen sich dafür die anderen Nationen bei der Nation mit Exportüberschuss verschulden. Tatsächlich sind die Gläubiger nur eine Minderheit, d.h. in der Regel diejenigen, denen der Boden gehört bzw. die das Geld für die Produktion bereitgestellt haben. So kann es also passieren, dass eine Nation immer mehr leistet, als sie selbst verbraucht, und dabei gleichzeitig noch verarmt.

Wer aber verarmt, der versucht meist diesen Zustand zu ändern und arbeitet härter. Dies aber kann in dem hier beschriebenen System, unserem heiß geliebten Kapitalismus, gar nicht funktionieren. Allenfalls kurzfristig kann Mehrleistung im derzeitigen System auch zu mehr Lebensstandard führen. Früher oder später ziehen die anderen Nationen gleich



oder gar vorbei und der eigene Exportüberschuss wächst nicht mehr schnell genug. Die erzeugten Überschüsse werden von den Renditeforderungen der Bodeneigner und Geldgeber geradezu gefressen.

Was würde aber nun passieren, wenn wir ein System hätten, in dem bei gesättigtem Markt (Nullwachstum) Geld auch bei Nullzins noch verliehen werden würde? Auch ohne Steigerung der Exportüberschüsse könnte dann die Wirtschaft problemlos weiterlaufen. Und warum sollten die Menschen dann immer härter arbeiten, immer mehr produzieren? Produktivitätssteigerungen würden dann nicht nur temporär, sondern nachhaltig zu mehr Freizeit und Lebensqualität führen, statt nur das Hamsterrad immer mehr anzutreiben.



Michael Hönnig, geb. 1965, Vater einer Tochter, lebt in Hamburg. Er ist Software-Architekt und Vorstandsmitglied einer kleinen Genossenschaft im Internet-Bereich sowie Mitgründer der INWO-Regionalgruppe Hamburg. Außerdem ist er Autor u.a. eines umfangreichen Konzeptes für Regiowährungen.

Zufällig ausgewählte Facetten der Arbeit

1. Vor langer Zeit, als ich schrecklich langsam auf einem Bauernhof heranwuchs, litt ich mächtig unter der total fehlenden Arbeitslosigkeit. Vor und nach der Schule Gras, Heu, Milch, Äpfel und Pflaumen. Weder Freizeit noch Urlaub. Kinderarbeit nennt man das heute, sie hat aber auch ihr Gutes (siehe 3.). Auch, dass ich leidenschaftlich gern zur Schule ging. Die Faszination der Bodenseedampfer verführte mich in die Welt der Industriearbeit...

2. Riesige zweistufige Dampfturbine in Montagehalle (wo heute Theater gespielt wird). Der Monteur, 60, drahtig, ein schlauer Fuchs, wurde früher in alle Kontinente auf Montage geschickt. Dank viel Erfahrung und Wissen hatte er die letzte Anlage in Rekordzeit montiert und dabei sehr gut verdient, denn er arbeitete im Akkord. Aber für diese hier hat ihm die Firma die Akkordsumme halbiert. Seine Wut war gross und mehr als berechtigt.

4. Mathematik in Kombination mit modernen Grosscomputern eröffnete ungeahnte Möglichkeiten: In den 1970igern optimierte ich in drei Wochen mit einem mathematischen Optimierungsmodell Produktions- und Transportdispositionen in einem Grosskonzern. Alle Computereingaben mit Hilfe von Lochkarten. Über das Resultat war auch das Management erstaunt und begeistert: Aufwand ca. 7000 SFr. Reduktion der Gesamtkosten 30 Millionen SFr. Nur der für die Disposition zuständige Direktor war wenig erfreut. Die Rationalisierung, Optimierung und Computerisierung ging immer weiter und weiter...

Das verpasste Paradies auf Erden

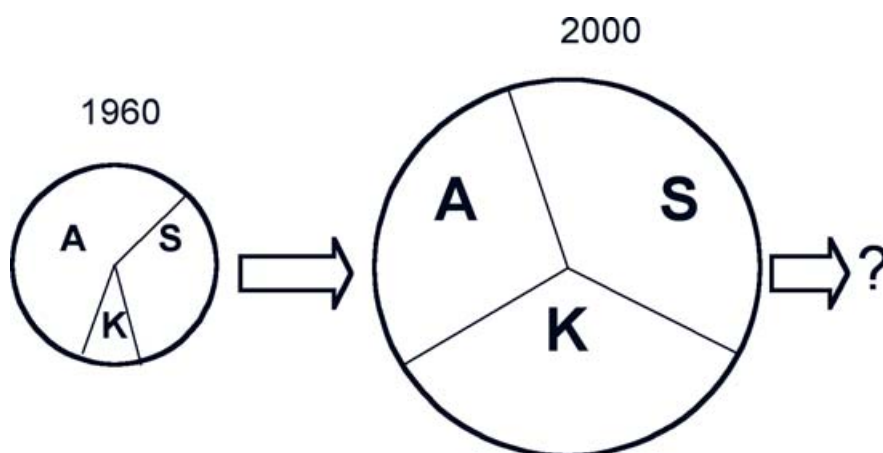
Heute ist Arbeit dank Supertechnologie superproduktiv geworden. Noch nie in der Weltgeschichte konnten die Menschen pro Stunde so viele Produkte und „Services“ hervorbringen. Das heisst doch mehr Lohn und kürzere Arbeitszeit, wie das früher immer wieder durchgesetzt wurde. Das ginge auch heute, wenn der durch produktive Arbeit erzeugte Gesamtkuchen besser verteilt würde. Es gibt nämlich immer mehr so genannte hoch qualifizierte Arbeiter, die überhaupt keine Werte schaffen, dabei aber märchenhaft verdienen, also vom Kuchen immer mehr abschneiden.

Das sind vor allem jene, die aus Geld Geld machen. Der Herr Soros z.B., der mit einer kurzen Devisenspekulationsarbeit gegen das englische Pfund eine Milliarde Dollar „machte“. Und wer schon eine Milliarde besitzt – und solche gibt es immer mehr – müsste eigentlich nicht mehr arbeiten, denn er hat ein vollautomatisch fließendes Monatseinkommen von rund 4 Millionen netto. Diese Summe wird vom Umsatz von etwa 8.000 bis 10.000 produktiver Arbeitskräfte abgezweigt. Das ist die systemimmanente Umverteilung von unten nach oben, deren Folgen auf den Gesamtkuchen in der Graphik links angedeutet sind.

Es ist sicher eine sehr sinnvolle Arbeit, über diese Zusammenhänge gründlich nachzudenken.



Dr. Walter Meier-Solfrian, Autor des Buches „Globale neue Welt. Reformkonzepte für eine integrierte Wirtschaft“ (Orell Füssli 2000) und Vorstandsmitglied der INWO Schweiz.



Grobverteilung des Bruttoinlandproduktes 1960 und 2000:

A = Anteil Arbeit (Arbeitnehmer & Unternehmer)

S = Staatsquote

K = Kapitaleinkommen (Zinsen, Dividenden + übrige Gewinne, Spekulationsgewinne minus -Verluste)

Der Firma ging es vorzüglich, denn nach dem zweiten Weltkrieg hatte die Schweiz weit und breit die einzige intakte und leistungsfähige Maschinenindustrie. Für mich, der ich zwei Monate dem Monteur als Praktikant geholfen habe, war das ein Schlüsselerlebnis zum Thema Ausbeutung und gemeiner Skrupellosigkeit gegenüber einem älteren und noch immer sehr leistungsfähigen Arbeiter.

3. Wie beschäftigt man heranwachsende Jugendliche? Unsere Kinder hatten viel Freizeit. Und es kam das Alter des Herumhängens. Sinnvolles Tun ist offensichtlich ein ernsthaftes Erziehungsproblem. Wohin mit dem Übermut? Es fehlten Gras, Heu, Äpfel und Pflaumen, die sinnvolle Arbeit, die unbedingt erledigt werden musste.

Volkswirtschaftliche Alphabetisierung

Der Flyer-Event der INWO Schweiz ist ein neues Projekt, um Interesse für unsere Anliegen zu wecken. In den vergangenen Jahren wurde mit dem kostenlosen Verteilen von über 10.000 Exemplaren der Zeitschrift „r-evolution“ nur ein geringes Anwachsen der Mitglieder-, Leser- und Gönnerzahlen in der Schweiz erreicht. Deswegen hat sich die Werbegruppe auf die Suche nach neuen Wegen gemacht. Parallel dazu arbeitete Matthias Vonlanthen an der Fachhochschule Solothurn an einer Marketingstudie für die INWO. Sie ist auf Englisch erschienen und enthält Hinweise, wie unsere zukünftige Strategie erfolgreicher werden könnte.

Durch die Impulse eines Affichen-(Plakat-)Künstlers wurden einfache, aktuelle Texte auf beidseitig bedruckten Flyern erstellt, um in einer ersten Stufe Neugier zu erzeugen. Leider ist das „unter die Leute bringen“ zu wenig kritisch von der Werbegruppe untersucht worden und die Hoffnungen, dass die etwa 1000 Personen, die uns verbunden sind, diese Flyer verteilen, hat sich nicht erfüllt.

Deswegen sollen nun bei einer grossen Verteilaktion in verschiedenen Schweizer Städten diese Drucksachen von einer interdisziplinären, unabhängigen Gruppe von Studenten (unter Mithilfe von Mitgliedern und Lesern) unter Volk gebracht werden. Als Vorbereitung für diese Verteilaktion dient eine Informationsveranstaltung, die die negativen Auswirkungen der aktuellen Geldpolitik analysiert, Einblick in eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus gibt und daneben die wichtigen psychologischen Aspekte bei derartigen öffentlichen Auftritten beleuchtet.

Menschen, bei denen Interesse geweckt werden konnte, erhalten dann in einer zweiten Kontaktstufe die so genannten „Fundamente“. Sie enthalten möglichst allgemeinverständliche Texte, die einige der aktuellen Sorgen der Schweizer Bevölkerung wie Arbeitslosigkeit, Schulden, Wachstumsschwäche und fehlendes Geld für die Sozialkosten beleuchten. Die Broschüre gibt Hinweise, wo versteckte Ursachen liegen, die von den Medien (noch) nicht thematisiert werden. Außerdem ist zu lesen, welche Literatur empfehlenswert ist und wo Treffs und Informationsveranstaltungen stattfinden.



Initiative zum Vollausbau der AHV

Freude herrscht, so könnte man meinen, wenn sich die Gewerkschaften für einen stärkeren Ausbau unserer Altersvorsorge auf Basis eines Umlageverfahrens statt der kapitalgedeckten, auf Zinsen und Gewinnen basierenden Variante einsetzen. Leider kommt das ganze nur halbherzig daher, hatte doch die Gewerkschaft der Medien (Comedia) vor einem Jahr noch mit dem vollständigen Umbau unseres Rentensystems – weg vom kapitalistischen System der zweiten Säule – geliebäugelt. Da es sich bei der vorliegenden Initiative aus unserer INWO-Sicht doch um einen Schritt in die richtige Richtung handelt, werden wir versuchen uns einzubringen und mitzuhelfen, damit dieses Vorhaben gelingt.

Das schweizerische Nationalbankgold zum x-ten

Nachdem sich der Ständerat mit der Verteilung von 2/3 des Erlöses aus dem Verkauf an die Kantone durchgesetzt hat, ist jetzt ein Füllhorn von 14.000 Millionen Schweizer Franken an unsere 24 „Ländereien“ verteilt worden. Was sie damit tun, ist kantonal verschieden und wenig transparent. Was mit den etwa 7.000 Millionen, die an den Bund ausbezahlt wurden, geschieht, wird jetzt erneut ein Hin und Her der politischen Elite sein. Möglicherweise kann die „Gold für die AHV“-Initiative der SP wenigstens einen späten Teilerfolg bringen.



Die Zinsbombe - eine zündende INWO-Idee

In verschiedenen Städten Deutschlands sorgt eine neue Werbeaktion der INWO für Aufsehen. Innerhalb von nur drei Monaten machte sie bereits Station in Berlin, Hannover, Dresden und Erfurt.

Ihre Premiere hatte die „Zinsbombe“ am 1. Mai auf dem Berliner Alexanderplatz. Direkt unterhalb des Fernsehturms zog der drei Meter große Ballon einige Aufmerksamkeit auf sich. Auf dem „Markt der Möglichkeiten“, von Gewerkschaften zum Tag der Arbeit organisiert, warnte das „Bombenentschärfungskommando“ von BING mit Flugblättern vor der möglichen Explosion.

Auch in Dresden hatte die Zinsbombe ihren großen Auftritt im Zentrum der Stadt. An einem Samstagmorgen Mitte Juli standen die Dresdner Aktiven der INWO in der be-

lebten Fußgängerzone, gewappnet mit Kompressor, Tapeziertisch und Flatterband. Die Humanwirtschaftspartei unterstützte die Aktion mit eigenem Stand, heliumgefüllten Luftballons und kostenlosen Zeitschriften.

Verdutzte Blicke, Aussprüche wie „Das wussten wir doch schon!“ oder „Wie wollen Sie das denn ändern?“ waren häufige Reaktionen. Für viele Passanten war es schwer, die Zusammenhänge zwischen allgemeiner Verarmung, Arbeitslosigkeit und der Zinsproblematik zu erkennen. Dennoch gab es Einkaufsbummler, die sich Zeit nahmen, nachfragten und an näheren Informationen interessiert waren. Viele fanden die Aktion einfach lustig. Vor allem junge Leute wurden von der Zinsbombe angezogen.

Mit den bunten Luftballons, dem frischen Outfit und der entspannten Stimmung unter den Initiatoren belebte die Dresdner INWO-Regionalgruppe die betongraue Shoppingmeile. Dem MDR-Fernsehen war die Aktion dann sogar einen Beitrag im abendlichen Sachsenspiegel wert.

Weitere Stationen der Zinsbombe waren der Kirchentag in Hannover und das Sozialforum in Erfurt (siehe Berichte). Die Tour wird fortgesetzt.

Silke Nemuth & Jens Hakenes



Zinsbombe und Entschärfungskommando in Erfurt

Kirchentag 2005: Wenn dein Kind dich morgen



Viel los auf dem Stand der INWO beim Kirchentag in Hannover

Das war der Leitspruch des Evangelischen Kirchentages 2005 in Hannover. Doch bevor wir uns fragen lassen müssen, fragen wir lieber selbst: Warum werden Reiche reicher und Arme ärmer? Warum soll dagegen nur Wirtschaftswachstum helfen? Warum werden seit 30 Jahren die Arbeitslosen immer mehr? Können wir das Zinssystem verantworten?

Die INWO zeigte sich auf dem Kirchentag mit den Regionalgruppen BING (Berliner Initiative Neutrales Geld) und FIN (Freiwirtschaftliche Initiative Nordhessen) mit einem professionellen Gemeinschaftsstand und konnten mit diesen Fragen viele Menschen erreichen. Nach Kirchenbank und 30%-Supermarkt in den Jahren zuvor präsentierten die Berliner diesmal die Zinsbombe – be-

INWO auf dem Sozialforum in Erfurt

Vom 21.-24. Juli 2005 haben sich in Erfurt rund 2000 Teilnehmer zum 1. Deutschen Sozialforum getroffen, um ein Zeichen gegen die derzeitige, angeblich alternativlose Politik der etablierten Parteien zu setzen. Auch die INWO war mit von der Partie, um auf die verhängnisvollen Fehler unseres Geldsystems hinzuweisen und mit der Idee der FAIRCONOMY eine Alternative aufzuzeigen.

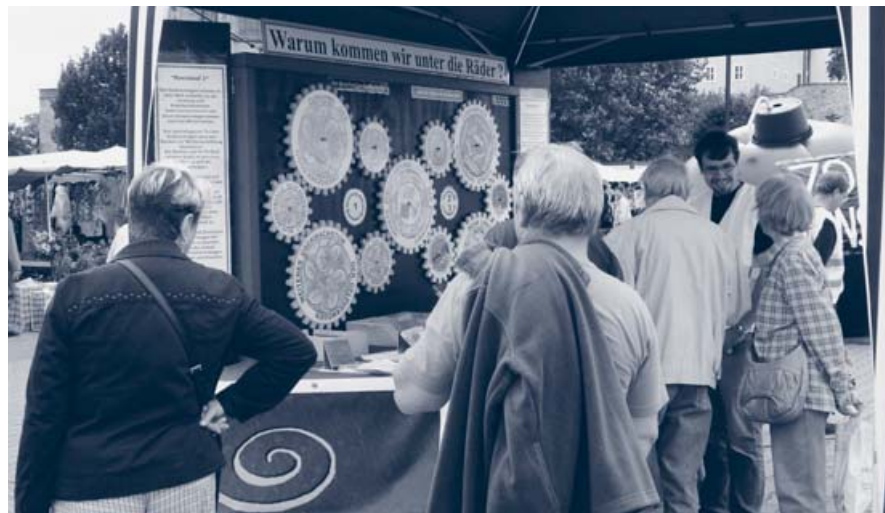
Mitten auf dem Erfurter Domplatz war der Infostand der INWO zu finden, direkt vor dem Festzelt, dem Hauptveranstaltungsort des Sozialforums. Dort waren auch Start und Ziel der großen Demonstration am Samstag. Dementsprechend groß war der Andrang am INWO-Stand, aber nicht nur am Samstag, obwohl das Wetter das ganze Wochenende über alles andere als sommerlich war. Mit unserem Wirtschaftsgetriebe mit Zahnrädern konnte anschaulich demonstriert werden, warum wir "unter die Räder kommen". Zahlreiche Teilnehmer fotografierten das Räderwerk.

Eine weitere Attraktion war die neue, unübersehbare Zinsbombe. Auch dieses neue INWO-Projekt war ein beliebtes Fotomotiv - nicht nur für Teilnehmer und Journalisten, sondern mit dem Dom im Hintergrund auch für einige japanische Touristen und Besucher des Wochenmarktes in der Thüringer Landeshauptstadt. Anderen diente die Zinsbombe als Orientierungspunkt für Verabredungen während des Sozialforums.

Auf Veranstaltungen zu INWO-Themen wurden zahlreiche Flyer im Stil von Geldscheinen verteilt, die auf Vortrag und Workshop unseres Referenten Prof. Berger hinwiesen. Beide Veranstaltungen, organisiert von attac Thüringen,

waren mit rund 70 Besuchern sehr gut besucht. Mit Räderwerk, Zinsbombe und den anderen Materialien fiel es den INWO-Aktiven aus Köln, Stuttgart, Magdeburg, Dresden, Leipzig, Nordhessen und Erfurt nicht schwer, den zahlreichen Besuchern ihre Botschaft zu vermitteln. Bestes Beispiel für die erfolgreiche Überzeugungsarbeit: Ein Reporter der Frankfurter Rundschau stellte die INWO in einem Artikel auf der Titelseite der überregionalen Tageszeitung als eines der Projekte mit alternativem Potential vor (siehe Pressespiegel auf Seite 9).

Ulf Blendow, Thomas Pröls und Jens Hakenes



INWO-Stand auf dem 1. Sozialforum in Deutschland

fragt...

drohlich und anziehend zugleich, denn der Stand war durchgehend gut besucht. Das Wirtschaftsgetriebe der FIN zog ebenfalls viele Interessenten an. Trotz des beginnenden Sommerwetters drängten sich von morgens bis abends die Menschen durch die Gänge auf dem „Markt der Möglichkeiten“. Einige Tausend von ihnen freuten sich über den Bierdeckel („Dieses Bier hat 30% Zinsanteil...“) und fünf bis sechs Betreuer am Stand waren ununterbrochen beschäftigt, immer neuen Fragern Geld- und Zinsproblematik zu erklären und mit ihnen zu diskutieren.

Viele Besucher teilten die Analyse der INWO zur Umverteilung durch den Zins und interessierten sich für das

Konzept der Umlaufsicherung. Nicht wenige kannten bereits das Konzept und stellten gezielte Fragen nach „technischen“ Details oder politischer Umsetzung. Im Vergleich zu früheren Kirchentagen schienen die Menschen aufgeschlossener und interessierter für das Geldthema. So gehörten auch die Vorträge von Referenten der INWO und der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft mit jeweils bis zu 50 Zuhörern zu den am besten besuchten.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Gute Stimmung auf dem Stand, offene Ohren, viel Verständnis. Und am Ende wurde die Zinsbombe „plattgemacht“.

Jan Peter

Parteiprogramme im Wandel?

WAHLZETTEL	
SPD <input type="radio"/>	FÜR WIRTSCHAFTS- WACHSTUM
CDU/ CSU <input type="radio"/>	FÜR HÖHERES WIRTSCHAFTS- WACHSTUM
FDP <input type="radio"/>	FÜR WACHSTUM VON RENDITEN
BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN <input type="radio"/>	FÜR NACHHALTIGES WACHSTUM
DIE LINKE PDS <input type="radio"/>	WACHSTUM FÜR ALLE
FAIRCONOMY	KEIN WACHSTUMS- ZWANG FÜR DIE WIRTSCHAFT

Kann man bei Neuwahlen auch neue Rezepte erwarten? Ein Ende der Ungleichheit der Einkommensverteilung und der immer tieferen Spaltung der Gesellschaft in arm und reich? Nein, kann man offensichtlich nicht! Da ist die Gründung einer Linkspartei nur wenig überraschend.

Die neue Partei schlägt sehr populär klingende Maßnahmen vor, die jedoch in einem vom Finanzkapital diktierten System als unrealistisch einzustufen sind. Zwar halten heute auch etliche marxistisch orientierte Mitbürger eine Lösung des Zinsproblems für nötig, aber die Linkspartei macht dazu keine Aussage. Die PDS hatte schon bald nach ihrer Gründung Marktwirtschaft und Gewinnstreben befürwortet, ohne ein Konzept für wirklich faire Rahmenbedingungen zu haben.

Eine ähnliche Kehrtwendung vollzogen vor über vierzig Jahren die Sozialdemokraten. Die SPD stand den nach 1945 diskutierten Konzepten einer freien und sozialen Marktwirtschaft - sowohl der freiwirtschaftlichen „Na-

türlichen Wirtschaftsordnung“ nach Silvio Gesell als auch dem Konzept des Ordoliberalismus der "Freiburger Schule" (Walter Eucken/Franz Böhm) - ablehnend gegenüber; später auch der von Alfred Müller-Armack konzipierten und von Ludwig Erhard durchgesetzten Variante einer sozialen Marktwirtschaft. Die Sozialdemokraten dachten zunächst noch in den Kategorien des klassisch reformistisch-sozialistischen Heidelberger Programms von 1925: Klassengegensatz und Klassenkampf.

Der Sozialismus war Ziel eines Maximalprogramms: "Das Ziel der Arbeiterklasse kann nur erreicht werden durch die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an den Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum."

Mit dem Godesberger Programm von 1959 wurden marxistische Scheuklappen abgelegt. Das Maximalprogramm fiel weg. Von Klassenkampf war nicht mehr die Rede. Der freie Markt wurde bejaht. Und: Das private Eigentum von Produktionsmitteln habe Anspruch auf Schutz und Förderung, soweit es nicht den Aufbau einer gerechten Sozialordnung hindere. Inzwischen hat sich die SPD erneut gewandelt: Über einen schmeichelhaft so bezeichneten "Sozialliberalismus" zum Neoliberalismus heutiger Prägung. Ironie der Geschichte: Die Partei steht heute deutlich rechts von dem, was zum Beispiel die Ordoliberalen wollten. Deren Konzepte einer sozialen Marktwirtschaft werden heute als "scharfe Wendung nach links" empfunden.

Das Gros der marxistischen Linken ist dem Kurswechsel der SPD von 1959 keinesfalls gefolgt. Ablehnende Haltungen gegenüber einer marktwirtschaftlichen Ordnung schlechthin und speziell gegenüber der westdeutschen sozialen Marktwirtschaft blieben in Teilen der Bevölkerung bestehen. Sie haben sich unter dem Eindruck eines antisozialen Neoliberalismus sogar wieder verstärkt. Die Bildung einer größeren Linkspartei war zu erwarten. Im Rahmen der ZDF-Sendung "Unsere Besten - die 100 größten Deutschen" hatten Zuschauer im November 2003 Karl Marx immerhin auf Platz drei gewählt.

Die Konzepte der INWO und die FAIRCONOMY sind leider nach wie vor zu wenig bekannt. Anregungen für einen erneuten, sogar dringend notwendigen Wandel von Parteiprogrammen enthalten sie allemal.

Josef Hüwe

Eigentlich wollte die **Humanwirtschaftspartei** deutschlandweit zur Bundestagswahl antreten. Als einzige Partei setzt sie sich für ein Geld- und Wirtschaftssystem ein, das ohne einen zerstörerischen Wachstumszwang funktioniert. Der Schachzug von Bundeskanzler Schröder, die Bundestagswahl vorzuziehen, hat diesen Plan zunichte gemacht.

Lediglich Steffen Kleber, Vorsitzender des neu gegründeten Landesverbandes Sachsen, tritt an. Er hat die nötigen 200 Unterschriften zusammen bekommen und wird im Wahlkreis 162 Freiberg/Mittlerer Erzgebirgskreis kandidieren. Dagegen hat der Landesverband Berlin mit seinem Vorsitzenden Tomas Klünner beschlossen, nicht anzutreten. Stattdessen soll die ganze Energie auf die Landtagswahl in Berlin im Herbst 2006 konzentriert werden.



Das „Ressourcen-gestützte“ Grundeinkommen

„Immer weniger Menschen produzieren in immer weniger Zeit immer mehr Güter“, schreibt Jeremy Rifkin in seinem Buch „Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft“. Die traditionelle Erwerbsarbeit wird immer seltener direkte Einkommensquelle der Menschen sein. Nicht nur deswegen gilt es, neue Quellen zu erschließen.

Natürlich stammen alle Einkommen aus menschlicher Arbeit, auch wenn uns vieles von Mutter Natur geschenkt wird: Licht, Luft, Wasser, Boden und die darin enthaltenen Schätze. Der Fortbestand dieser Grundlagen des Lebens und Wirtschaftens aller Menschen ist durch unser gegenwärtiges wachstumsorientiertes Wirtschaften bedroht.

Wie können diese Lebensgrundlagen, das Geschenk der Natur, geschützt und erhalten werden? Wie kann jeder einzelne Mensch in gleicher Weise und kostenfrei an diesem Geschenk teilhaben? Wie kann ausschließlich menschlicher Bedarf die Triebfeder für Wirtschaftswachstum werden? Ein „Ressourcen-gestütztes“ Grundeinkommen für jeden Menschen zeigt Lösungsansätze für diese komplexe Aufgabe.

Boden und Grundeinkommen

Das Naturgeschenk „Grund und Boden“ ist größtenteils nicht mehr allgemein verfügbar, sondern Privateigentum. Daher kommen immer weniger Menschen in den Genuss dieses Geschenks. Da Boden eine Grundlage allen Lebens ist, steigt bei wachsender Bevölkerung auch die Nachfrage nach geeignetem Boden in günstiger Lage. Wir bezahlen daher für die Nutzung steigende Preise, die nur den Eigentümern zugute kommen. Boden ist aber nicht durch menschliche Arbeit vermehrbar. Die Preissteigerung kann also nicht durch Ausweitung des Angebots gebremst werden. Das Naturgut Boden ist nicht einfach marktfähig, sondern das bedeutendste Monopolgut.

Aufgrund dieser Erkenntnis hat es immer wieder Reformbewegungen gegeben, die das

gleiche Anrecht aller Menschen am Boden reklamierten. Der US-Amerikaner Henry George (1839-1897) war ein führender Kopf dieser Bewegung im 19. Jahrhundert. Er hatte als Seemann und Goldgräber weltweit Erfahrungen gesammelt. Sein Buch „Fortschritt und Armut – eine Untersuchung über die Ursache der industriellen Krise und der Zunahme der Armut bei zunehmendem Reichtum“ wurde stark beachtet. Henry Georges Plan war es, die Bodenrenten, also jene Einkommen, die an die privaten Eigentümer des Bodens fließen, mit einer Steuer abzuschöpfen. Als „single tax“ hätten die Einnahmen damals für die Finanzierung des gesamten Staatswesens ausreichen können.

Die Bodenrente als leistungsloses Einkommen wird bei Verpachtungen besonders deutlich. Die Bauern müssen einen Teil der Ernte für



die Bodenpacht aufbringen. Bei städtischem Boden haben die Bodenrenten noch mehr Gewicht: Die Kosten der Baugrundstücke liegen heutzutage fast bei einem Drittel der gesamten Immobilienpreise. Ihr Anteil allein an den Mieten beträgt um die 20 bis 25 Prozent!

Eine Auszahlung der abgeschöpften Bodenrente direkt an die Bürger wurde im 19. Jahrhundert noch nicht diskutiert. Diese Idee kam zum ersten Mal Anfang des 20. Jahrhunderts durch den Sozial- und Geldreformer Silvio Gesell (1862-1930) ins Gespräch. Sein Gedanke war es, die Einnahmen aus der Bodenrente speziell den Müttern zukommen zu lassen, um ihre finanzielle Sicherheit und Unabhängigkeit zu stärken. Über seine Zeit hinaus denkend forderte Gesell sogar, diese Zahlung weltweit allen Müttern - und damit auch allen Kindern - zukommen zu lassen, unabhängig von Herkunft und Hautfarbe. Nach seiner Sicht hat jeder in die Welt Geborene einen gleichen Anspruch an alle Güter der Natur! Im Prinzip kann man dieses „Müttergeld“ schon als eine Art Grundeinkommen ansehen, da die Zahlungen indirekt allen Bürgern in ihrer Jugendzeit zugute kommen.

Wie haben alle etwas vom Boden?

Nach Gesells Vorstellungen sollte der Boden, wie zur Zeit der Allmende und vor Einführung des Römischen Rechts, wieder in ein allen gehörendes Gemeinschaftsgut zurückverwandelt werden. Gesell hatte dazu den im Grunde genialen Plan entwickelt, dass unabhängige

Ämter den Boden mittels verzinslicher Staatspapiere zurückkaufen und die Bodenflächen zeitbegrenzt den Meistbietenden gegen Pacht zur privaten Nutzung überlassen.

Eine Steuer zur Abschöpfung der Bodenrenten ähnlich wie Henry George schlägt Fritz Andres vor (siehe Heft Nr. 257 der Schriftenreihe „Fragen der Freiheit“ des Seminars für Freiheitliche Ordnung, Badstr. 35, D-73087 Bad Boll, www.sffo.de). Dazu soll die gegenwärtige Grundsteuer in eine Bodenwertsteuer umwandelt werden. Die gegenwärtige Steuer belastet Boden und Bauwerk. Die Änderung – zunächst aufkommensneutral – stellt das Bauwerk frei und entlastet damit Arbeit, während der Boden und damit Naturgebrauch entsprechend mehr belastet wird. Die Effekte dieser Umwandlung sind sehr vielfältig: Ungenutzter Boden und Baulücken werden mobilisiert und der von der Planung vorgegebenen Nutzung zugeführt. Die höhere Steuerlast macht nämlich das Liegenlassen des Bodens weniger attraktiv. Die Belastung hält die Eigentümer zu flächensparender Nutzung an. Je nach Höhe kann die Steuer Planungsgewinne, d.h. Wertsteigerungen aufgrund veränderter Raumordnung bzw. Bauleitplanung, abschöpfen.

Dies mindert das Interesse der Eigentümer an der Beeinflussung der Planung und ist außerdem ein Gebot der Gerechtigkeit. Die Steuererhebung wird wesentlich vereinfacht, Steuerhinterziehung oder Steuerflucht erschwert. Sie ist eine der wenigen Steuern, die den Besteuerungsgegenstand durch die Belastung nicht einschränkt, sondern seine

Verfügbarkeit erhöht. In Dänemark wurde 1922 diese Umwandlung durchgeführt und hat hervorragende bodenpolitische Wirkung gezeigt!

Beide Modelle, das Gesellsche des Rückkaufs verbunden mit (Erb-)Pacht gegen Meistgebot wie auch das der Bodenwertsteuer, sind kombinierbar und stufenweise realisierbar. Sie ermöglichen auf friedlichem Wege das Abschöpfen der Bodenrenten. Die gleichmäßige Rückverteilung pro Kopf sichert einen Einkommenszufluss für jeden Menschen. Nach Berechnungen von Helmut Creutz kann z.B. bereits eine fünfprozentige Besteuerung des Werts allein des bebauten Bodens, des Baulandes und der ausgebauten Verkehrsflächen in Deutschland eine Einnahme von 100 Mrd. Euro pro Jahr ergeben, also pro Kopf der Bevölkerung (80 Mio. Einwohner) 1250 Euro pro Jahr, also ca. 100 Euro Grundeinkommen aus Boden pro Kopf und Monat. Diese Schätzung ist wohl gemerkt sehr vorsichtig!

Bodenschätze, Wasser, Luft und Grundeinkommen

Bei allen nicht vermehrbaren Naturgütern ist es wie beim Boden, denn immer wenn ein knappes Gut durch menschliche Arbeit nicht vermehrbar ist, entsteht die Möglichkeit einer „Knappheitsrente“: Allein aufgrund des Eigentums, ohne eigene Leistung ergibt sich ein ökonomischer Vorteil. Für soziale Gerechtigkeit und für nachhaltiges Wirtschaften müssen aber alle Menschen gleich an diesen natürlichen Knappheitsrenten teilhaben.

Beim Wasser wird die Aktualität überdeutlich: Mit weltweit zunehmender Knappheit an Trinkwasser wächst das Interesse kaufkräftiger Investoren an der Privatisierung von Wasserrechten, also an der privaten Aneignung der steigenden Knappheitsrenten. Gleichzeitig wächst die Notwendigkeit, das kostbare und knappe Gut zu schützen und doch allen zugänglich zu machen.

Bei der Luft wird Knappheit inzwischen z.B. in der begrenzten Aufnahmefähigkeit von CO² spürbar. Die weltweite Klimaveränderung erfordert eine drastische Verringerung der CO²-Emissionen. Dafür wurden im Kyoto-Protokoll so genannte Emissionsrechte vereinbart und an die bisherigen (Groß-)Verbraucher der Ressourcen verteilt - im Ergebnis eine nahezu kostenfreie Weiter-Nutzung eines Umweltgutes nach dem „Eroberungsstand“ von 1990. Inzwischen entwickelt sich ein Markt für diese Rechte. Der Preis ist von anfangs fünf Euro auf inzwischen 17 Euro pro Tonne CO² gestiegen. Die zunehmende Knappheit beschert

also bereits jetzt den Inhabern der Emissionsrechte eine Knappheitsrente.

Fritz Andres hat einen Vorschlag ausgearbeitet, um die Abschöpfung der Knappheitsrente über den Boden hinaus auch auf alle anderen Umweltgüter auszuweiten. Dazu wird auf der umweltpolitischen Planungsebene für ein Umweltgut aus ökologischen Gründen eine Nutzungsbegrenzung vereinbart. Dabei wird entweder die Menge (vgl. Kyoto-Protokoll), die verbraucht werden darf, oder ein Preis für die Nutzung (ähnlich Ökosteuer) festgelegt. In beiden Fällen wird das Umweltgut durch die laufend anfallenden Entgelte (Preise) geschützt. Gleichzeitig sorgt der (hohe) Preis dafür, dass das Umweltgut in der Weise bzw. dort genutzt wird, wo seine Nicht-Verfügbarkeit besonders teuer wäre bzw. sein Nutzen besonders groß ist.

Eine gleichmäßige Pro-Kopf-Rückverteilung der Abgaben garantiert dann, dass für jeden Menschen die „durchschnittliche“ Nutzung des Umweltgutes kostenfrei ist. Genau diese Durchschnittssumme wird nämlich im Ergebnis an jeden einzelnen ausgezahlt. So kann unabhängig von der Höhe jeder im Durchschnitt „mithalten“.

Die Lenkungswirkung hoher Abgaben schlägt sich im Verhalten der Einzelnen nieder: Der unterdurchschnittliche Verbrauch eines Umweltgutes führt zu einer „Netto-Gutschrift“, denn dann liegen die Einnahmen aus der Rückverteilung höher als die Ausgaben für den Ressourcenverbrauch. Also wird umweltschonendes Verhalten und ein entsprechender Lebensstil auch aus finanziellen Gründen reizvoll. Dagegen zahlen Verschwender drauf, und doch brauchen wir keine „gläsernen“ Verbraucher!

Nicht nur im Kleinen, auch im Großen hätten Andres' Vorschläge enorme Auswirkungen: Zum Beispiel erhalten bei einer weltweiten Versteigerung der CO²-Emissionsrechte und gleichzeitiger Rückverteilung der Erlöse die gegenwärtig noch unterdurchschnittlich CO² emittierenden Staaten, wie z.B. China und Indien, zusätzliche Mittel. Dadurch wären sie verstärkt daran interessiert, einen umweltschonenden Wachstumspfad einzuschlagen.

Weitere Auswirkungen der gleichmäßigen Rückverteilung

Haushalte mit Kindern werden zu den Netto-Gewinnern gehören, denn Kinder sind im Allgemeinen unterdurchschnittliche Nutzer von Umweltgütern. Durch die überproportionale Steigerung der niedrigeren Einkommen wer-



den Nachfrage und Konjunktur belebt. Dies steigert in der Tendenz die Nachfrage nach menschlicher Arbeit, ohne dabei den Schutz der Naturgüter zu behindern. Wirtschaftswachstum entsteht also nur soweit und nur dort, wo tatsächlich Bedarf ist. Die Menschen verfügen nämlich über mehr Kaufkraft (Geld)! Gleichzeitig werden Investitionen in eher umweltschonende Produktion gelenkt. Die Rückzahlung stellt ein bedingungsloses Grundeinkommen dar. Dies erleichtert Schritte zur Arbeitszeitverkürzung, denn die Rückzahlung ist unabhängig von der Erwerbsarbeit des Einzelnen garantiert. Anderes Arbeiten anstelle und neben der Erwerbsarbeit wird begünstigt. Jedem Menschen ist eine „durchschnittliche“ Nutzung der Naturgüter möglich. Damit ist das Menschenrecht der gleichen und kostenfreien Teilhabe an den Umweltgütern erfüllt.

Konkrete Beispiele und Zahlen

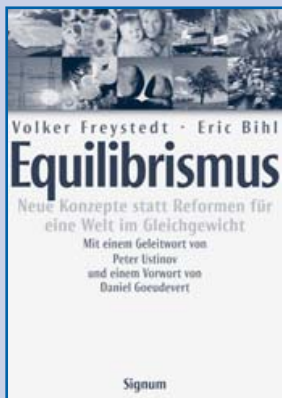
Berechnungen des Solarenergie-Fördervereins (www.SFV.de) geben ein Zahlenbeispiel für eine solche Umweltabgabe: Eine Verteuerung der verbrauchten Endenergie von 2500 Mrd. kWh pro Jahr in Deutschland um 0,04 Euro pro kWh ergibt eine Summe von 100 Mrd. Euro pro Jahr, also ähnlich wie im Berechnungsbeispiel von Helmut Creutz zur Bodenrente. Diese Verteuerung wirkt sich mit ca. 0,04 Euro pro kWh Elektrizität, ca. 0,33 Euro pro Liter Diesel, Benzin, Heizöl und etwa 0,40 Euro pro Kubikmeter Erdgas aus. Ein echter Anreiz für das 1 Liter-Auto! Dabei dienen diese Zahlen nur als ein erster Anhaltspunkt,

und selbstverständlich bleibt Gestaltungsraum zur Förderung umweltschonender Energieträger! In der Schweiz praktizieren es die Stadtwerke Basel bereits im Kleinen (www.iwb.ch/media/Online-Schalter/Dokumente/lenkungsfoerderabgabe.pdf).

Dieses Modell eines Naturressourcen-Grund-einkommens ist weltweit möglich und nötig. Es kann stufenweise eingeführt werden, sowohl national wie international. Es hat günstige Auswirkungen auf die weltweiten Verteilungskonflikte. Es befördert ressourcenschonendes Wachstum. Im Bereich Boden und Ressourcen ist der hier skizzierte Ansatz zukunftsweisend. Trotzdem reicht er nicht aus, um uns komplett vom Wachstumsdruck zu befreien: Wachsende Geldvermögen und Schulden vergrößern laufend die Scherenöffnung zwischen „Geld ohne Bedarf“ und „Bedarf ohne Geld“. Vielleicht bringt aber die Diskussion dieses Modells auch die Diskussion über Reformen im Geldsystem voran!



Alwine Schreiber-Martens, Dipl.-Math., vier Kinder, wissenschaftliche Mitarbeiterin Fachhochschule Köln. Gewerkschaftsmitglied, Beisitzerin im Vorstand der INWO Deutschland.



Volker Freystedt,
Eric Bihl
„**Equilibrismus - Neue Konzepte statt Reformen für eine Welt im Gleichgewicht**“
Signum Verlag 2005, 336
Seiten, 22.90 Euro

Es geht um die Probleme unseres Geldsystems - aber nicht nur, denn „Ökonomie ist nicht an allem schuld, aber ohne Schuld dürfte die Ökonomie nirgendwo sein“. Nach einer Einführung in das Equilibrismus-Konzept und einem kurzen ersten Teil, der auf ironische Art und Weise nach dem Erfolg des Kapitalismus Fragezeichen am Horizont aufkommen lässt, ist der zweite Teil der wichtigste hinsichtlich der Wirkungen unseres Geldsystems. Nichts wird ausgelassen: Fakten, Analysen und Zusammenhänge - eine Art Kurzfassung der Ergebnisse von Helmut Creutz und ideal zum Einstieg in die Geldthematik.

Man könnte Equilibrismus auch INWOismus nennen, wenn da nicht noch etwas mehr wäre. Equilibrismus bietet ein weiter gefasstes Konzept und analysiert neben den Geldwirkungen auch andere Problemfelder, bei denen aber immer der Bezug zum Geld sichtbar bleibt. Im dritten Teil des Buches werden Alternativen aufgezeigt, die unter Equilibrismus subsummiert werden. Beispiele neben der essentiellen Geld- und Bodenreform sind regenerative Energien und UN-Reform. Es wird also ein komplexes

ökologisches und sozialpolitisches Programm dargestellt. Die vielen Anknüpfungspunkte dürften auch für die prominenten Autoren von Vor- und Geleitwort gesorgt haben: Daniel Goeudevert (ehemaliges Mitglied des Club of Rome und Spitzenmanager mit Querdenkerqualitäten) und Sir Peter Ustinov. Das Buch schließt im vierten Teil mit der Beschreibung eines Modellversuches ab, versucht also mehr als gute Analysen zu bieten. Die Botschaft: Equilibrismus ist umsetzbar!

Das Buch ist leicht verständlich geschrieben und bietet teilweise eine sehr schöne, kompakte Zusammenfassung der Geldproblematik. Der Systemfehler wird ein wenig erlebbarer. Grafiken von Helmut Creutz tragen zur Klarheit bei. Cartoons lassen hin und wieder Zweifel aufkommen, ob man nun lachen oder weinen soll. Das Buch ist aufgrund seines weiten Themenbogens auch für Personen geeignet, die ökologisch oder politisch interessiert sind, aber die Geld- und Bodenreformidee noch nicht kennen. Auch für Fortgeschrittene ist das Buch lesenswert - nicht nur wegen des komplexeren Ansatzes..

Wolfgang Ramming



Thomas Koudela
„**Entwicklungsprojekt Ökonomie - Marktwirtschaft jenseits des Kapitalismus**“
EWK-Verlag Kühbach-
Unterbernbach 2004, 473
Seiten, 28.50 Euro

Der Student der Mathematik an der Technischen Universität Kaiserslautern tritt in seinem Buch den Beweis an - und zwar durchaus auf der Basis anerkannter volkswirtschaftlicher Lehrsätze -, dass ein anderes, sinnvolles Wirtschaften jenseits des Kapitalismus möglich ist. Eindrucksvoll und präzise zeigt er auf, wie weit das kapitalistische Monopolstreben bereits zum Versagen der Märkte geführt hat und beweist, dass nur ein intelligent gestalteter, von Machtungleichgewichten befreiter Markt in der Lage sein kann, unsere wirtschaftlichen Probleme zu lösen.

Wie neuerdings auch Heiner Geißler, der allerdings die Begriffe nicht klar definiert, plädiert Koudela für eine vom Kapitalismus befreite Marktwirtschaft. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist laut Koudela die Einführung eines Geldes, das dient und nicht herrscht. Breiten Raum nimmt daher die Frage ein, welchen Anteil der Konstruktionsfehler unseres Geldes an der wirtschaftlichen Misere hat und wie ein wirklich neutrales Geld beschaffen sein sollte. Zudem stellt Koudela eine Reihe brisanter Fragen, die von den Medien meist gar nicht gestellt

werden: Wem gehört eigentlich die Erde mit ihren ganzen Ressourcen? Wem nützt das Patentrecht in seiner heutigen Form? Welche Gefahren drohen dem Konsumenten durch TCPA (Trusted Computing Platform Alliance - ein Zusammenschluss von Großunternehmen der Elektronik- und Technikbranche mit dem Ziel, den Markt nach ihren Vorstellungen umzugestalten)? Wer profitiert eigentlich vom Euro? Welche Strategien müssen verfolgt werden, um die so genannte Dritte Welt aus Krisen und Abhängigkeiten herauszuführen?

Mit seinem Buch will Koudela nach eigenen Angaben das geistige Werkzeug zur Verfügung stellen, das es dem Leser ermöglicht, diverse Fragen wie die oben genannten ohne Schwierigkeiten selbst zu beantworten. Dies ist ihm ohne jeden Zweifel gelungen. Er hat ein sehr gut lesbares, von der ersten bis zur letzten Seite spannendes Buch geschrieben, das aufgrund der präzisen und verständlichen Sprache auch für Einsteiger geeignet ist. Aber auch wegen der durchdachten Antwortvorschläge auf die oben erwähnten Fragen eignet sich dieses Buch für alle diejenigen unter den politisch und ökonomisch interessierten Zeitgenossen, die den Dingen wirklich auf den Grund gehen möchten. Berücksichtigt man ferner, dass der Autor erst 27 Jahre alt ist, dann kommt man nicht umhin, das Buch als geradezu sensationell zu bezeichnen.

Frank Bohner

Beide Bücher sind bei der INWO erhältlich. Nutzen Sie bitte den Bestellschein auf Seite 23. Damit unterstützen Sie die Arbeit der INWO!

Informieren, bestellen, Mitglied werden!

Name

Straße & Hausnummer

Postleitzahl & Ort

Telefon & E-Mail-Adresse

Per Fax an: (012 12) 5 12 59 71 40 oder per Post an:

**INWO Versand
Sambach 180**

96178 Pommersfelden



- Ich möchte förderndes Mitglied der INWO e.V. werden!
Der reguläre Beitrag beträgt monatlich 4 € und beinhaltet das Abo der Zeitschrift "FAIRCONOMY".
- Ich bin Schüler(in) / Student(in) / Auszubildende(r) / erwerbslos und zahle monatlich nur 2 €.
- Ich spende regelmäßig einen zusätzlichen Beitrag von monatlich _____ €.
- Ich spende einmalig _____ €.
Eine Bescheinigung wird für Zuwendungen ab jährlich 100 € ausgestellt. Darunter gilt der Kontoauszug als Beleg.
- Ich möchte ein kostenloses und unverbindliches Probeabo der Zeitschrift FAIRCONOMY.
- Bitte schicken Sie mir 10 kostenlose Exemplare der FAIRCONOMY Nr. 1 zum Verteilen für nur 1.50 € Versandkosten.
- Bitte senden Sie mir kostenloses Infomaterial über die INWO.
- Bitte nehmen Sie mich in Ihren E-Mail-Verteiler auf.

Ich bestelle folgende Materialien der INWO / Platz für Anmerkungen:

_____	_____
_____	_____
_____	_____
_____	_____

ggf. Artikelbezeichnung

ggf. Anzahl

Kosten für Verpackung & Versand: 1,- € bis 5,- € Bestellwert / 1,50 € bis 50,- € Bestellwert / ab 50,- € Bestellwert frei

Ort, Datum

Unterschrift

Hiermit ermächtige ich die Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung e.V., bis auf Widerruf meinen jährlichen Mitgliedsbeitrag (ab Beitrittsmonat bis Jahresende, danach jeweils im Januar für das gesamte Jahr) und die zusätzliche Spende (ggf. streichen) von meinem

Konto Nr.: _____ BLZ: _____ bei

der _____

mittels Lastschrift abbuchen zu lassen. Wenn oben genanntes Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens der kontoführenden Bank keine Verpflichtung zur Einlösung.

Ort, Datum

Unterschrift

Audio-CD:

Der Fluss des Geldes



Ein Feature nach einer Idee von Falk Fischer mit Beiträgen von Peter Kafka, Prof. Dr. Dieter Suhr, Prof. Dr. Margrit Kennedy, Helmut Creutz, Prof. Dr. Wolfgang Gebauer und Dieter Heinemann.

INWO, 2. Auflage, 2005

Laufzeit: 32 Minuten

5,- € (ab 10 St. nur je 2,50 €)

Hörspiel von Bernd Grashoff

Das Geldwunder von Wörgl

Eine Aufnahme des Bayerischen Rundfunks 2003



Das Geldwunder von Wörgl beschreibt, wie sich die Gemeindemitglieder 1932 aus eigener Kraft aus der Wirtschaftskrise befreiten. Während im übrigen Österreich die politischen Gruppen aufeinander schossen, kämpfte

der Gemeinderat von Wörgl einstimmig, Seite an Seite mit den Bürgern, für ein Beschäftigungsprogramm mit "rostenden Banknoten".

Laufzeit: 28 Minuten, 5,- € (ab 10 St nur je 3,- €)

T-Shirt



Das Werbemittel für jeden Tag! Ein echter Hingucker, mit dem man jederzeit und überall für die INWO aktiv werden kann.

Aufdruck auf der Rückseite: „www.INWO.de“

100 % Baumwolle

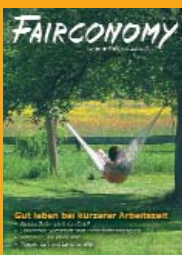
Farben: blau, grün, schwarz

Größen: L, XL und jetzt auch in M

~~10,- €~~ neuer Preis: 8,- €

Zeitschrift zum Verteilen:

FAIRCONOMY Nr. 1



Die erste Ausgabe der FAIRCONOMY ist ein Sonderheft, das vor allem für Einsteiger gedacht ist. Mit leicht verständlichen, zeitlosen Texten und vielen bunten Illustrationen werden die Themen der INWO angesprochen und unsere Arbeit vorgestellt.

Das Heft ist durchgehend bunt und eignet sich hervorragend zum Verteilen oder Auslegen.

10er Pack, 1,50 € (nur Porto- und Versandkosten!)

Bierdeckel



Die Bierdeckel sind ein optimales Werbemittel, um privat oder bei Verteilaktionen auf das Anliegen der INWO und unsere Internetseiten aufmerksam zu machen. Auf der Rückseite steht: "Für jedes Bier und alles was Sie kaufen, zahlen Sie 30 % drauf. Täglich fließen so in Deutschland 980 Mio. Euro Zinsen

Paket mit 70 Stück

~~3,50 €~~ neuer Preis: 2,50 €

Faltblatt zum Verteilen:

Standpunkt 1 "Wachstum, Wachstum ... über alles!"



Auf vier DIN A4-Seiten beschreibt Buchautor Helmut Creutz mit anschaulichen Grafiken und Tabellen, warum unsere Wirtschaft immer wachsen muss und warum trotz Wachstum immer weniger zum Verteilen da zu sein scheint.

schwarz-weißer Laserdruck

Einzelpreis: 0,50 € 10 Stück inklusive Porto: 4,- €

Faltblatt zum Verteilen:

Infoblatt 1 "Knöllchen für die Spekulanten!"



Damit alle Menschen ein erfülltes Leben führen können, muss eine funktionierende Währung gewährleisten, dass alle ausreichend mit Geld versorgt sind. Unser heutiges Geld stellt diese Versorgung nicht sicher, nicht bei uns und schon gar nicht weltweit – weil es nicht reibungslos umläuft. Wie sich das ändern lässt, beschreibt Buchautor Klaus Popp in diesem hochwertigen Faltblatt. Für alle, die fragen, wie eine Lösung für das Geldproblem aussehen könnte!

vier DIN A4-Seiten, Farbdruck, 1,- € (ab 10 Stück nur je 0,50 €)

Weitere Angebote finden Sie unter www.INWO.de/Shop.

Grüezi mitenand,

Wir Schweizer sind ein bisschen bedächtiger und vorsichtiger mit Neuem. Während sich unsere deutschen INWO-Freundinnen und Freunde voller Elan in die „FAIRCONOMY“ stürzen, bleiben wir momentan unserer früheren „Evolution“ beziehungsweise der heutigen „r-evolution“ treu. Rückblickend ist es faszinierend festzustellen, mit welcher Kraft und Bestimmtheit im Jahr 2001 der Name „Evolution“ aus sozialdarwinistischen Gründen, gemäss der



deutschen Delegation, geändert werden musste, um überhaupt ein Dreiländerprojekt initiieren zu können - aber nichts ist beständiger als der Wechsel.

Es ist an der Zeit. - so der Appell auf der

Titelseite. Anstelle Ihnen liebe Leserin, lieber Leser nun Beiträge ans Herz zu legen, wähle ich diesen Platz und diese Zeit, um einige Gedanken rund um die Geld- und Bodenreform aus den zwischenzeitlich vierjährigen Erfahrungen weiterzugeben.

Das Ziel des INWO ist, über einen Mehrheitsbeschluss des Volkes neue Regeln im Umgang mit Geld und Boden einzuführen. In der Schweiz, einem demokratisch organisierten und regierten Staat, sollte es möglich sein, aufgrund der Lebenssituation von über 80 Prozent der Menschen, die zu den Verlierern des Systems gehören, durch „volkswirtschaftliche Alphabetisierung“, sprich Aufklärung, dieses Ziel zu erreichen.

Warum geht es nicht vorwärts?

These A: Meinungsbildung wird heute durch die Medien, Presse, Radio und Fernsehen gemacht. Die Entscheidung, was gedruckt oder gesendet wird, liegt in der Hand von wenigen, die sich meist direkt oder indirekt mit sehr vermögenden Menschen arrangiert haben. Um hier ein ech-

tes Gegengewicht zu schaffen, muss eine eigene Öffentlichkeit aufgebaut werden, was aber sehr viel finanzielle Mittel benötigt. Um Geld zu beschaffen, braucht es viele Sympathisanten, welche aber schwer zu erreichen sind (siehe A) oder Finanziers oder Banken, welche aber kaum Geld in diesen Stopmechanismus der eigenen Bereicherung investieren.

Allianzen, Interessengemeinschaften mit Hilfswerken, ökologisch orientierten Gruppen und Vereinen oder anderen hypothetisch ähnlich gelagerten Gruppen sind äusserst schwierig aufzubauen, da mit unseren Kernanliegen automatisch die Angst vor Verlust einhergeht! Fragen tauchen auf wie: „Werden uns die jetzigen Sponsoren noch berücksichtigen, wenn wir das kapitalistische Geld-aus-Geld-machen-Prozedere hinterfragen?“ Vergraulen wir unsere Grossspender oder werden gewisse Organisationen nicht überflüssig, wenn Sie die Auswirkungen unserer Reformvorschläge in Ihrer Tragweite verstehen oder werden erweiterte Zielsetzungen, also Mehrarbeit und Unruhe, nötig?

Trotz dieser eher pessimistischen Analyse versuche ich mich mit dem, was ich kann und habe, für diese Ideen einzusetzen, da ich ein Potential darin sehe für mehr Gerechtigkeit auf unserem so wundervollen Planeten. Ein Umsetzen unserer Ideen könnte einen wesentlichen Beitrag leisten zur Lösung praktisch aller heutigen Weltprobleme. Hunger, Krieg, Armut, Schulden, Erwerbslosigkeit, Terrorismus, Migration - überall könnte ein modifiziertes Geldwesen helfen, die Situation zu entschärfen. Am meisten gewinnen könnten aber Sie und ich durch eine Steigerung der Lebensqualität, die sich aber nicht in Bruttoinlandsprodukt-Wachstum, sondern in weniger Angst und Unsicherheit und mehr Zeit für das Sein statt des Habens ausdrücken würde.

Marco Lustenberger

Inhalt

- 3 Fairconomy – mutige Ökonomen braucht das Land!
- 5 Die allgemeine Kapitalismuskritik: Am Wesentlichen vorbei
- 6 Termine
- 7 Kapitalismus – was ist das eigentlich?
- 9 Pressespiegel & Termine
- 10 Mehr Zeit für Ethik! Der Keynes-Plan, ein Beispiel für globales ethisches Handeln
- 13 Exportüberschuss – wofür?
- 14 INWO Schweiz
- 16 INWO Deutschland
- 18 Kommentar: Parteiprogramme im Wandel?
- 19 Das „Ressourcen-gestützte“ Grundeinkommen
- 22 Buch-Besprechungen
- 23 Bestellseite

Impressum

r-evolution Nummer 26 / Nr. 2 2005

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte etc. wird keine Haftung übernommen.

Redaktion

Wera Wendnagel (Deutschland), Beate Bockting, Jens Hakenes, Marco Lustenberger (Schweiz)
Email: contact@inwo.ch

Auflage

1500 Exemplare, ISSN 1660-1653, und
1500 Exemplare als FAICONOMY, ISSN 1860-9694

Bildnachweis

Titelseite: free visuelle, H. & A. Ramm, Switzerland, Zeichnungen: eugenartig.com, INWO-Materialien: SMARTi-d - Andreas Franke, Autoren- und Produktfotos: privat und Verlage, Seite 3: Idee René Schulz, Seite 5: Jens Hakenes, Seite 8 und 10: Helmut Creutz, Seite 9: PhotoCase.de/juliaw, Seite 11: Stift Altenburg, Österreich, Seite 12: Wikipedia, eite 13: Wikipedia/Wolfgang Meinhart, Hamburg, Seite 14: Walter Meier-Solfrian, Seite 15: Jean-Marc Seiler, Zürich, Seite 16, 17 und 23: Erich Lange, Seite 19: Jonathan McIntosh/wikipedia, Seite 20: PhotoCase.de/1100, Seite 21: PhotoCase.de/fult5000

Layout

Umbach Grafik & Mediendesign, Münster

Druck u. Versand

Druckhaus Klिंगenfuss GmbH, Münster

Herausgeberin

INWO Schweiz, Sekretariat: Bahnhofstr. 102, Mediapark / 1ter Stock, 5001 Aarau
Postadresse: Postfach, 5001 Aarau
Postcheck-Konto 30-1771-2
www.INWO.ch

Die INWO Schweiz spricht über das herrschende Geld- und Bodenrecht als unmittelbare Ursache wachsender Not und sich mehrender Verzweiflung vieler Menschen. Einziges Ziel der INWO sind vergleichsweise kleine, aber

fundamentale Korrekturen, die nicht einmal bestehende Besitzstände angreifen würden. Werden Sie Mitglied, Gönner der INWO oder LeserIn unserer Zeitschrift r-evolution.

INWO Schweiz – Kontakte und Infos

Basel

Vor-und Nachdenktreff. Details: basel@inwo.ch

Bern

Regelmässige Infotreffen. Nächstes: Montag, 19. Dezember 2005 um 19.30 Uhr im EUG-Haus am Pavillonweg 7, Bern. Kontakt: bern@inwo.ch

Chur

Vor-und Nachdenktreff. Details: chur@inwo.ch

St.Gallen

Infotreffen. Nächstes: Dienstag, 4. 10 2005. Kontakt: sanktgallen@inwo.ch

Zürich

Vor-und Nachdenktreff im Zentrum Karl der Grosse, Kirchgasse 14 (beim Grossmünster) Jeden dritten Donnerstag im Monat veranstalten wir einen offenen Diskussionsabend. Sie sind eingeladen, an diesen Gesprächen zur Zukunft unseres Miteinanders teilzunehmen. Aktuelle Angaben über das jeweilige Impulsreferat zu einem Schwerpunktthema finden Sie auf **www.inwo.ch**. Kontakt: zuerich@inwo.ch

Flyers zum Bestellen und Verteilen



Auf der Vorderseite der sechs vierfarbigen Flyers im A6-Format steht ein kritisch-plakativer Text. Er endet jeweils mit der Aufforderung: **DAS KANN MAN ÄNDERN.**

Die Rückseite enthält in wenigen Sätzen Informationen zum angeschnittenen Thema sowie über Ziel und Zweck der INWO. Unter dem Titel **STOFF ZUM AUGEN ÖFFNEN** sind ein paar Empfehlungen zu Literatur und Hintergrundwissen aufgelistet.

Flyers müssen und können nicht die ganze Bandbreite unserer Systemkritik darstellen. Sie verstehen sich als Augenöffner und Interessenwecker.

Bitte Anzahl Flyers angeben

Ex. 1 **ALLE REDEN VON WACHSTUM. WIR AUCH.**

Ex. 4 **MAN MUSS NICHT KOMMUNIST SEIN, UM ZU BEGREIFEN, DASS DIE REICHEN DIE ARMEN BESTEHEN.**

Ex. 2 **SOLANGE MAN AUS GELD GELD MACHEN KANN, SOLANGE WÄCHST DIE ARBEITSLOSIGKEIT.**

Ex. 5 **DAS KRIMINELLE ZINSSYSTEM GIBT ES DANK UNSERER UNWISSENHEIT.**

Ex. 3 **DIE BANKEN ERKLÄREN UNS DEN TARIF. WARUM NICHT UMGEKEHRT?**

Ex. 6 **DIE ZINSWIRTSCHAFT HAT DAZU GEFÜHRT, DASS GANZ WENIGEN ALLES, UND DEN ANDEREN NICHTS GEHÖRT.**

Ex. **JEDER DRITTE FRANKEN, DEN WIR AUSGEBEN, "VERDIENT" EIN KREDITGEBER OHNE ZU ARBEITEN.**

Weiteres Informationsmaterial

Ex. **DER FLUSS DES GELDES**

Ein Hörspiel als Information zur Geldreform (Compact Disc) Richtpreis Fr. 10.-

Ex. **FUNDAMENT**

Das Info-Dossier der INWO – Format A4

Name _____

Vorname _____

Strasse/Nr. _____

PLZ/Ort _____

INWO Schweiz, Bahnhofstrasse 102

Postfach, CH-5001 Aarau

Telefon: 062 822 84 86, Fax: 062 823 67 55

mail: contact@inwo.ch

Zins-
abschlag
Zinsabschlag-
steuer Zinsab-
schnitt Zinsacker Zins-
anleihe Zinsanspruch Zins-
anteilschein Zinsarbitrage Zins-
auszahlung Zinsbauer zinsbar Zins-
belastung Zinsberechnung Zinsbeschrän-
kung Zinsbeschwerde Zinsbetrag Zinsblock
Zinsbogen Zinsbonbon Zinsbrief Zinsbrot Zinsbuch
Zinsbuße Zinsdarlehen Zinsdivisor Zinsdruck Zinsein-
kommen Zinseinnahme Zinseinnehmer Zinselastizität Zin-
sendienst Zinskonto Zinsertrag Zinserhöhung Zinsertrag Zin-
seszins Zinsfälligkeit Zinsfischer Zinsformel Zinsforderung zinsfrei
Zinsfrucht Zinsfuß Zinsgarantie Zinsgefälle Zinsgeier Zinsgeld Zinsgericht
Zinsgesetz Zinsgroschen Zinsgrund Zinsgulden Zinsgut zinsgünstig zinshaft
Zinshahn Zinshaus Zinsherr Zinsherrschaft Zinsholer zinsig Zinskaese Zinskaserne
Zinsknechtschaft Zinskneifer Zinskontrakt Zinskupon Zinslast Zinsleute zinslos
Zinsmann Zinsner Zinsniveau Zinspflicht Zinspolitik Zinsrechnung Zinsrich-
ter Zinsrückstand Zinssatz Zinsschein Zinsschilling Zinsschreiber Zins-
schuld Zinsschwankung zinssicher Zinsspanne Zinsstruktur Zins-
summe Zinstabelle Zinstafel Zinstag Zinstermin Zistheorien
zinstragend zinsvariable Zinsverbindlichkeit Zinsverbot

... sich mit diesem Thema zu befassen.

Zinsverlust Zinsvertrag Zinsvieh Zinswald Zins-
wohnung Zinswucher Zinszahl Zinszahlung
Aktivzins Darlehenszins Effektivzins
Geldzins Grundzins Güterzins Ha-
benzinsen Jahreszins Kapital-
zinsen Leitzins Marktzins
Nominalzins Mietzins
Pachtzins Passiv-
zinsen Sollzin-
sen Stück-
zins

Nr. 26 Juli - Sept. 2005

@evolution

friedlich, mitmenschlich, gerecht, nachhaltig, selbstbestimmt

sFr 3,-



Es ist an der Zeit ...

Le princip fondamental de tout moral,
sur lequel j ai raisonne dans tous mes ecrits est que l homme
est un etre naturellement bon!

Jean Jaques Rousseau